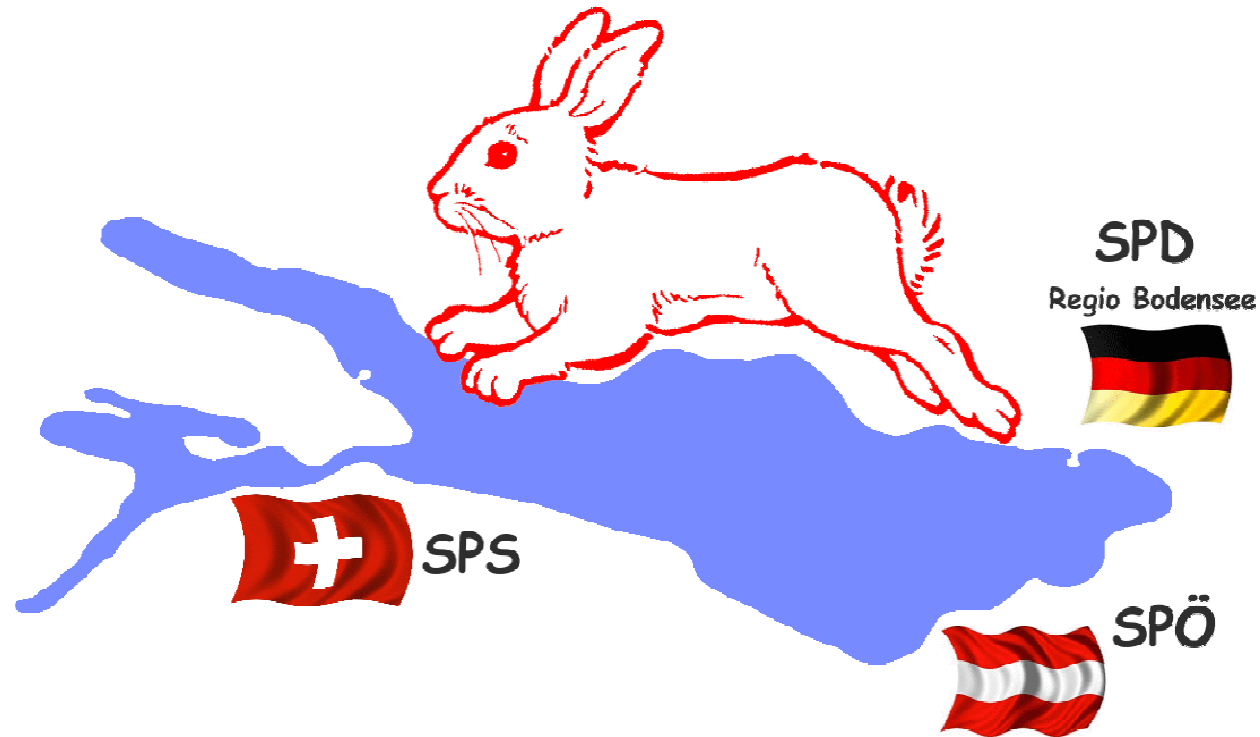


„Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion



Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org

Ausgabe: 154

05.09.2014

EDITORIAL

Dir Ferienzeit neigt sich dem Ende zu. Beim Seehas macht sich dies im wachsenden Mailanfall bemerkbar. Eine andere Zeit scheint sich auch zu verabschieden:

die Zeit geordneter Verhältnisse in Europa.

Bevor sich hier Widerspruch regt, gedacht ist hier nicht, der ROTE SEEHAS wolle die Wirtschafts- Börsen- und Banken Krisen der letzten Jahre übersehen oder vergessen. Es gibt jedoch mehrere Entwicklungen in und um Europa. Der so genannte Arabische Frühling wächst sich zu einer Bewegung aus, die wenig mit Demokratie, viel aber mit Islamismus zu tun hat.

Zu „besichtigen“ ist dies gerade in einem Gebiet, in denen die Mandatsmächte des Völkerbundes Großbritannien und Frankreich nach dem 1. Weltkrieg den Nahen Osten mit dem Lineal neu „geordnet“ haben. Araber, Kurden, Juden und Palästinenser (letztere hier als Bewohner Palästinas erwähnt) durften die Folgen unter sich ausmachen. Später kamen noch die Gegensätze zwischen Sunniten und Schiiten hinzu.

Wie instabil die Gegend war, zeigte sich, als die USA den Irak als funktionierenden Staat zerstörten. Der Vorwand zum Angriff auf den Irak hätte Putin als Lehrstück für seine jetzige Politik dienen können.

Die „Putin-Versteher“ haben möglicherweise insofern Recht, als die russische Nation durchaus ein Gefühl der Demütigung mit dem Zerfall der SU entwickelt hat, insbesondere auch durch die Unbekümmertheit, mit der der Westen mit der Schwäche der Russen umging.

Besonders ernst genommen konnten sich die russischen Politiker nicht fühlen. Der gelernte KGB-Mann Putin scheint irgendwann die Lust verloren zu haben, sich mit dem Westen ernsthaft und ehrlich auseinander zu setzen. Georgien war ein erster Hinweis. Mit der Krim war der Rubcion überschritten.

Von da an ging es Putin nur noch darum, möglichst viel für den Großrussischen Traum herauszuholen ohne militärische Intervention des Westens.

Mir fällt gerade auf, dass ich den Terminus *Westen* aus der Zeit des Kalten Krieges verwende.

So erklären sich die ganzen Täuschungs- und Lügengeschichten, die dazu dienen sollen, die Weltöffentlichkeit und das russische Volk von der Tatsache abzulenken, dass Russland Krieg gegen die Ukraine führt. Destabilisierung, Aufteilung oder Eroberung der Ukraine sind Ziele, die Putin einzeln oder stufenweise als Erfolg buchen kann. Wird die Sache zu gefährlich, kann er ja abbrechen.

Die Zeit „geordneter Verhältnisse“ endet jetzt, da die NATO-Russland Grundakte von 1997 wohl obsolet ist. Frau Merkel wird sich wohl kaum noch Erfolg mit ihren Telefonaten mit Putin erhoffen.

Menschen, die nur noch negativ berechenbar sind, sind nicht nur Furcht einflößend, sie verlieren selbst jede Vertrauenswürdigkeit.

Es fehlen nur noch Ebola, Islamischer Staat, deutsche Waffenhilfe und einige weitere Konflikte und die Weltlage ist dargestellt.

Wenigstens aus deutscher Sicht etwas Positives: in Sachsen hat die SPD zugelegt – die NPD ist ausgeschieden. Wenigstens etwas.

http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_s10_analyse.prc_ana_daten?p_ebene=GE&p_merk=43125&p_anz=&p_dir=ab&p_vt1=&p_vt2=&p_bzid=LW14&p_mode=M&p_seite=0

Es grüßt Sie die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König

Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Editorial - <u>EU</u> : - Offener Brief an den designierten EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker	2, 4-5
- „Kriegerischen Konflikten den Nährboden entziehen“	
- <u>Deutschland</u> : <u>SPD Baden-Württemberg</u> : Neue Wege der Bürgerbeteiligung stärken die repräsentative Demokratie	6-7
- Bürgerbeteiligung stärkt die repräsentative Demokratie	7-8
- <u>SPD- Bodenseekreis</u> : MdB Gerster zeichnet 19 THW-Helfer aus Friedrichshafen aus	9
- MdB Gerster zeichnet zwei Helfer stellvertretend fürs THW Überlingen aus	10
- Martin Gerster MdB diskutiert Mindestlohn mit Obstbauern aus der Bodensee-Region	10-11
- Parteiarbeit in kleinen Ortsvereinen in Südwürttemberg	11-12
- Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum	13
- <u>SPD Ulm, Alb-Donau Kreis, MdB Hilde Mattheis</u> : PIA ist voller Erfolg	14
- Junge Berufstätige und Azubis können ein Jahr in die USA	14-15
- Hilde Mattheis stimmt gegen Waffenlieferungen in Krisengebiete	15
- „Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Irak und Kampf gegen die Terrororganisation IS“	15-16
- <u>DL21</u> : Kurzbericht vom Thementag der DL21 am 28. Juli 2014 in Stuttgart - DL21-Newsletter 04.08.2014	16-18
- Mehr Solidarität ist gefordert	19
- <u>SBI</u> : Vier Landtagswahlen in nächster Zeit	19-22
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Vierländerregion Bodensee	22
- Ein Polizist wird endgültig rehabilitiert	23-24
- <u>SPÖ Österreich – Vorarlberg</u> : Erschreckender Anstieg der Zahl von Frauen in der Armutsberatung	25
- "Soll sich zuerst bei seinem Parteichef über FPÖ-Abstimmungsverhalten schlau machen"	25
- Unerträglicher Bildungs-Hick-Hack von Blau und Grün	26
- Im Dialog mit interessierten Frauen die Schwerpunkte der politischen Arbeit definieren	26
- Michael Ritsch mit 99,1 Prozent zum Landesvorsitzenden wiedergewählt	26-27
- Vorarlberger Armutskonferenz bestätigt Forderungen der SPÖ vollinhaltlich	27-28
- Vier Coolman-Diebe auf frischer Tat gestellt! - Einladung: Die ersten Europäer	28-30
- <u>SP Schweiz</u> : - <u>SP Kanton SG</u> : Sozialhilfekürzungen in St.Margrethen sind ein Skandal!	31
- Breites Ostschweizer Bündnis für ein „Ja zur öffentliche Krankenkasse“	31-32
- <u>SP Kanton AI</u> : „Wohnen für alle“	33
- <u>Lesermeinung</u> :	33, 37
- <u>SP Appenzell Ausserrhoden</u> : Thementag zum Lebenswerk von Henry Dunant in Heiden/Appenzell am 9. August 2014	34-37
- Serie: Integration - Alevitische Gemeinde Deutschland: Selbstdarstellung - Handlungsfelder - Alevitische Lehre	38-40
- Impressum	41

Europa

Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament



**Offener Brief an den designierten
EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude
Juncker**

seitens der ASF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer
Frauen) Schleswig-Holstein

Kontakt über:

Ulrike Rodust MdEP
Europabüro
Kl. Kuhberg 28-30
D - 24103 Kiel

Evelyne Gebhardt MdEP
60, rue Wirtz
1047 Brüssel
Belgium

Absenderin:

Dr. Cornelia Östreich
Teßdorffstr. 21
D-23611 Bad Schwartau
E-Mail: c-t.oestreich@kabelmail.de



**für eine paritätische Zusammensetzung der
künftigen Europäischen Kommission**

Sehr geehrter Herr (designierter) Kommissionspräsident,

zunächst einmal die herzlichsten Glückwünsche zu Ihrer Wahl an die Spitze eines Gremiums, dem damit ein großer Schritt auf dem Weg zur notwendigen weiteren Demokratisierung der Europäischen Union gelungen ist. Obwohl von der anderen Seite des politischen Spektrums, begrüßen wir SPD-Frauen doch sehr Ihr überzeugendes Ergebnis, da es den Gestaltungswillen einer gesamteuropäischen Partei und die legitime Rolle ihres Spitzenkandidaten ausdrückt – und nicht, wie bisher, ein überholtes intergouvernementales Prinzip. Natürlich haben wir bei der Europawahl dieses Jahres mit ganzer Kraft unseren sozialdemokratischen Kandidaten Martin Schulz unterstützt und für ihn gefiebert. Aber wir haben uns auch, als die Mehrheitsverhältnisse klar waren, auf Ihre Wahl an die Spitze der EU-Kommission eingestellt und daher nicht das geringste Verständnis für die Winkelzüge gehabt, mit denen diese Besetzung hintertrieben werden sollte. Wir begrüßen auch sehr, dass Sie die notwendige Demokratisierung der europäischen Institutionen zugleich im Sinne von Geschlechterdemokratie auffassen und daher die Mitgliedsstaaten aufgefordert haben, verstärkt Frauen als Kommissarinnen zu benennen. Was Sie ehrt, ist andererseits kein Ruhmesblatt für Regierungen, die mit „schöner“ Regelmäßigkeit fast ausschließlich Männer für diese Aufgabe vorschlagen. Unter Ihrem Amtsvorgänger Barroso bot sich anfangs ein ähnliches Bild – der ursprüngliche Vorschlag enthielt nur zwei oder drei Frauen –, und der ausgewogenere Anteil von einem Drittel weiblicher Kommissare kam nur aufgrund von Protesten zustande. An diese Proteste können wir uns noch gut erinnern; wir waren damals intensiv daran beteiligt!

Was vor vier Jahren doch größtenteils noch als Insiderfrage galt, hat nun aufgrund der gestiegenen demokratischen Legitimation der Europäischen Kommission und ihres Präsidenten einen viel höheren öffentlichen Stellenwert. Umso fataler wäre es, wenn dieses Gremium im Jahre 2014 nicht mindestens einen ebensolchen Frauenanteil aufzuweisen hätte wie Anfang 2010. Wir

SPD-Frauen gehen sogar einen Schritt weiter: In einer heutigen EU-Kommission muss Parität herrschen! Für uns war Europa immer ein Motor von Gleichstellung; als in Deutschland noch sehr konservative Geschlechterrollen galten, orientierte sich die ASF an „Gender Mainstreaming“, Quotierungsforderungen für Politik und Wirtschaft und an progressiven weiblichen Lebensentwürfen in anderen europäischen Ländern. Ein Rückschritt auf diesen Gebieten wäre immer auch ein Verlust an Demokratie!

Wir unterstützen Sie bei Ihren Anforderungen an die anderen Mitgliedsstaaten und fordern deren Regierungen auf, für eine paritätisch zusammengesetzte Kommission zu sorgen. Andernfalls muss diesem Gremium die parlamentarische Zustimmung verwehrt bleiben.

Mit freundlichen Grüßen,



(für den Landesvorstand der ASF Schleswig-Holstein)

22. Juli 2014

über: Evelyne Gebhardt, MdEP

„Kriegerischen Konflikten den Nährboden entziehen“

Evelyne Gebhardt: Antikriegstag am 1. September in diesem Jahr von trauriger Aktualität

Am 1. September ist Antikriegstag. Traurige Aktualität erhält der Tag in diesem Jahr nicht nur durch das Gedenken an den Beginn zweier Weltkriege, sondern auch durch die vielen derzeit schwelenden kriegerischen Konflikte: von der Ukraine-Krise über den Nahost-Konflikt bis hin zu Libyen, Syrien und dem Irak.

„Wie dauerhafter Frieden geschaffen werden kann, zeigt das Beispiel Europas nach 1945“, betont die Hohenloher Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt**. Demgegenüber sei es „absurd anzunehmen, mit militärischen Mitteln,

mehr Waffen und kurzfristigem Agieren auf Dauer Probleme zu lösen“. Europa müsse sein friedens- und entwicklungspolitisches Engagement – besonders in seinen Nachbarregionen – erheblich ausweiten und so dem Friedensnobelpreis von 2012 auch in seinen Außenbeziehungen gerecht werden, fordert **Evelyne Gebhardt**.

Zur Diskussion über die von der Bundesregierung beabsichtigten Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak erklärt die sozialdemokratische Europaabgeordnete: „Angesichts der beispiellosen Brutalität der sogenannten IS-Terroristen, eines drohenden Völkermords und der Gefahr, dass diese weitere Gebiete unter ihre Kontrolle bringen, befindet man sich als Gegnerin von Krieg und Waffengewalt in einem großen moralischen Dilemma“. „Könnte Unterstützung in Form von Waffenlieferungen in diesem Fall möglicherweise gerechtfertigt sein?“, fragt sich Gebhardt. Sie habe die Sorge, dass eine vornehmlich auf militärische Problemlösung zielende Logik wieder zunehmend Verbreitung und Akzeptanz finde. Hinzu komme, dass Waffen in falsche Hände geraten könnten.

Es reiche nicht, in Konflikte militärisch einzugreifen und danach zur Tagesordnung überzugehen. „Wir müssen kriegerischen Konflikten den Nährboden entziehen, indem wir die Entstehungsursachen bekämpfen“, so **Evelyne Gebhardt**. Nötig seien auf höchster Ebene vorangetriebene politische Initiativen und langfristige Strategien zur Befriedung und nachhaltigen Entwicklung konfliktreicher Regionen. „Da geht es um Entwicklungspolitik, um die Förderung demokratischer Strukturen und des Dialogs zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen, um wirtschaftliche Unterstützung und um gerechte Handelsbeziehungen“, ist die Sozialdemokratin überzeugt.

Künzelsau, den 29. August 2014

Evelyne Gebhardt, MdEP

SPD Deutschland

SPD Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

VERTRETUNG DES LANDES
BEIM BUND

Studie „Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“ von Staatsrätin Gisela Erler und Bertelsmann Stiftung vorgestellt

Staatsrätin Erler: Neue Wege der Bürgerbeteiligung stärken die repräsentative Demokratie

„Bei vielen Formaten der Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie wissen wir, wie diese Elemente einzeln wirken. Aber es gibt viel zu wenig gesicherte Erkenntnisse darüber, wie sich unser repräsentatives politisches System insgesamt durch neue Beteiligungswege verändert. Wie passt es sich an und welchen Einfluss haben Partizipation und direkte Demokratie auf die Bürgerinnen und Bürger insgesamt, das sind bislang wenig erforschte Fragen“, sagte die baden-württembergische Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler am Freitag (5. September 2014) in Stuttgart. Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung sowie einer wissenschaftlichen Steuerungsgruppe habe sie daher eine Studie initiiert, um erstmals umfassende empirische Untersuchungsergebnisse hierzu zu erhalten.

Im Rahmen der Studie wurden bundesweit Bürger, Ratsmitglieder, Verwaltung und Bürgermeister aus 27 Kommunen befragt, u. a. auch aus Baden-Württemberg. „Die Ergebnisse zeigen, dass wir in Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg sind: Zwei Drittel aller befragten Bürger möchten mehr konkrete Entscheidungen selbst treffen und mit dem Vorurteil, dass mehr

Bürgerbeteiligung der repräsentativen Demokratie schadet, wird endlich gründlich aufgeräumt“, betonte Staatsrätin Erler. Aus den Befragungen geht hervor, dass Bürger, die sich an Bürgerentscheiden oder –dialogen beteiligen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zu Wahl gehen und umgekehrt. Außerdem belege die Studie, dass Bürgerbeteiligung demokratische Kompetenzen stärkt und die Akzeptanz von politischen Entscheidungen fördert.

Auch Robert Vehrkamp, Direktor des Programms „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung, unterstrich die notwendige Ergänzung der repräsentativen Demokratie um neue Wege der Bürgerbeteiligung. „Die Erwartungen der Bürger an demokratische Mitbestimmung haben sich verändert. Wählen alleine reicht ihnen nicht mehr. Unsere Demokratie muss deshalb vielfältiger werden.“

„Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht nur bunte Karten beschreiben und miteinander reden: sie wollen auch mitentscheiden“, so Erler. „Es ist wichtig festzuhalten, dass die Menschen laut der Studie die Rolle der Gemeinderäte akzeptieren und bereit sind mit zu gestalten. Aber es ist ihnen wichtig, in zentralen Fragen selbst direkt entscheiden zu können. Das ist kein offener Widerspruch, sondern eine Einstellung, der sich Politik und Verwaltung stellen müssen.“ Die Politik sei daher zukünftig noch mehr gefordert, wenn es um die Verstärkung von beteiligenden Demokratieformen gehe. „Was wir vor allem brauchen ist ein erweitertes Rollenverständnis von Politik und Verwaltung dahingehend, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern nicht als Machtverlust, sondern vielmehr als Zugewinn an Kompetenz von Politik und Verwaltung verstanden wird. Bürgerbeteiligung stärkt das Gemeinwohl und das Sozialkapital des Gemeinwesens und ist nicht nachteilig“, so die Staatsrätin.

Mit der Verwaltungsvorschrift zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung und dem Leitfaden für eine neue Planungskultur, der von der Staatsrätin angestoßenen zivilgesellschaftlichen „Allianz für Beteiligung“ oder auch den vom baden-württembergischen Landtag beabsichtigten Änderungen zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden habe man in Baden-Württemberg bereits wichtige Weichen gestellt, um Bürgerbeteiligung und direktdemokratische Elemente in allen Politikfeldern zur Selbstverständlichkeit zu

machen. „Partizipation und direkte Demokratie dürfen kein Luxus sein, sondern müssen mehr denn je zu alltäglich gelebten Elementen einer lebendigen Demokratie gehören. Und genau das ist es, was wir mit der Politik des Gehört-Werdens umsetzen“, unterstrich Staatsrätin Gisela Erler. „Ich hoffe, dass nun noch mehr Länder und Kommunen den Weg Baden-Württembergs beschreiten, und Bürgerbeteiligung fest in ihrer politischen Arbeit verankern.“

Das Papier zu Kernbotschaften sowie Grafiken der Studie sind abrufbar unter:

www.bertelsmann-stiftung.de

Methodik und Hintergrund der Studie

Die Studie führte die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit ihrem Kooperationspartner, der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg sowie einer wissenschaftlichen Steuerungsgruppe durch. Zu der Steuerungsgruppe gehören: Prof. Dr. Ulrich Eith, Dr. Rolf Frankenberger, Prof. Dr. Brigitte Geißel, Prof. Dr. rer. Pol. Oscar W. Gabriel, Prof. Dr. Norbert Kersting und Prof. Dr. Roland Roth.

Den Kern der Studie bildet die erste umfassende empirische Untersuchung zu den Wirkungen von Partizipation auf die Demokratie in Deutschland. Teilgenommen haben bundesweit 27 Kommunen, in denen jeweils erstens ein persönliches Interview mit dem Bürgermeister, zweitens online/telefonische Befragungen der Ratsmitglieder sowie von jeweils drei Verwaltungsspitzen und drittens telefonische Befragungen von jeweils 100 Bürgern durchgeführt wurden. Die Befragung fand im zweiten Halbjahr 2013 statt, die Auswertung des umfangreichen Datenmaterials im ersten Halbjahr 2014. Die bundesweiten Aussagen beziehen sich auf die Gesamtstichprobe von 2700 Bürgern und sind somit repräsentativ für Deutschland. Mit der Durchführung war das renommierte Institut Aproxima, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, aus Weimar betraut. Ergänzend wurden in Expertengutachten die Formen und Wirkungen von Partizipation in den deutschen Bundesländern sowie in vier internationalen Fallstudien (Schweiz, Österreich, Kanada und Brasilien) untersucht.

05. September 2014

Presse_LV_BW

Bürgerbeteiligung stärkt die repräsentative Demokratie

Demokratie ist für die Deutschen mehr als Wählen / Bürger wollen sich politisch stärker beteiligen

Gütersloh, 5. September 2014. Direkte Wege der Bürgerbeteiligung durch Volksabstimmungen, Bürgerinitiativen oder Bürgerdialoge stärken die repräsentative Demokratie. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, die erstmals deutschlandweit repräsentativ die Wirkung von Bürgerbeteiligung auf die Demokratie untersucht hat. Mitentscheiden und Mitmachen sind den Deutschen inzwischen genauso wichtig, wie zur Wahl zu gehen. Besonders groß ist der Nachholbedarf bei direktdemokratischen Verfahren: Zwei Drittel aller befragten Bürger möchten mehr Entscheidungen selber treffen. Die befragten Politiker hingegen wollen mehrheitlich ihre Entscheidungen nicht direkt vom Bürgerwillen abhängig machen. „Die Erwartungen der Bürger an demokratische Mitbestimmung haben sich verändert. Wählen alleine reicht ihnen nicht mehr. Unsere Demokratie muss deshalb vielfältiger werden“, sagt Robert Vehrkamp, Direktor des Programms „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung.

Die heute veröffentlichte Untersuchung zeigt: Die verschiedenen Möglichkeiten politischer Mitwirkung schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern stützen einander und tragen insgesamt zur Stärkung der Demokratie bei. „Wählen, Mitmachen und Entscheiden sind für die Bürgerinnen und Bürger breit akzeptierte Formen der Beteiligung, die sich ergänzen“, so Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg. Wer sich an Bürgerentscheiden oder -dialogen beteiligt, geht mit höherer Wahrscheinlichkeit auch zur Wahl und umgekehrt. Die repräsentative Demokratie wird durch neue Wege der Bürgerbeteiligung nicht geschwächt, sondern aufgewertet: Jeweils drei Viertel der befragten Bürger und Politiker (77,2 Prozent) sind davon überzeugt, dass durch Bürgerbeteiligung nicht nur die Interessen Einzelner, sondern unterschiedliche Interessen und Wertvor-

stellungen in die politischen Entscheidungen einfließen. Bürgerbeteiligung verhindert außerdem Fehlplanung und Fehlinvestitionen, so die Überzeugung von mehr als 68 Prozent der Bürger und 62,5 Prozent der Politiker. Insgesamt sind 79 Prozent der Bürger der Meinung, dass durch Bürgerbeteiligung neue Ideen in den Planungsprozess einfließen. Auch drei Viertel (75 Prozent) der Politiker teilen diese Einschätzung.

Bürgerbeteiligung stärkt darüber hinaus die demokratischen Kompetenzen, zum Beispiel Politikinteresse und allgemeines politisches Wissen. Sie fördert außerdem die Akzeptanz von politischen Entscheidungen: 66 Prozent der befragten Bürger sind eher bereit, Ergebnisse zu akzeptieren, mit denen sie inhaltlich nicht einverstanden sind, wenn sie vorher gehört worden sind und die Möglichkeit zur Mitsprache hatten. „Mit dem Vorurteil, dass mehr Bürgerbeteiligung der Demokratie schade, räumt die Studie auf. Ich hoffe, dass nun noch mehr Länder und Kommunen Bürgerbeteiligung fest in ihre politische Arbeit verankern“, sagt Erler.

Die Deutschen geben in ihrem Demokratieverständnis keiner Beteiligungsform klar den Vorrang, sondern bewerten Wählen, Mitentscheiden und Mitmachen fast gleichrangig: 82 Prozent finden die Beteiligung an Wahlen (sehr) gut, 80 Prozent die Einflussnahme über Bürgerbegehren und -entscheide und 79 Prozent das Engagement in Bürgerinitiativen. Die meisten Bürger (69 Prozent) möchten mehr und direkter über politische Sachverhalte mitentscheiden: Sie wünschen sich ein größeres Angebot an direkt-demokratischen Verfahren wie Bürgerbegehren und -entscheide. Während die überwiegende Mehrheit der befragten Politiker (etwa 80 Prozent) ihr Mandat frei und unabhängig von konkreten Bürgerpräferenzen versteht – im Zweifel also auch gegen die Bürgermehrheit entscheiden würde – finden das nur halb so viele (rund 43 Prozent) der Bürger richtig. „Die Bürger wollen durch Wahlen ihre politische Mitbestimmung nicht für vier Jahre komplett aus der Hand geben. Politiker sollten diesen Wunsch nach mehr direkter Demokratie und Dialog ernst nehmen und ihr repräsentatives Mandat entsprechend offen interpretieren“, so Vehrkamp, der die Studie geleitet hat.

Methodik und Hintergrund der Studie

Die Studie führte die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit ihrem Kooperationspartner, der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, sowie einer wissenschaftlichen Steuerungsgruppe durch. Zu der Steuerungsgruppe gehören: Prof. Dr. Ulrich Eith, Dr. Rolf Frankenberger, Prof. Dr. Brigitte Geißel, Prof. Dr. rer. Pol. Oscar W. Gabriel, Prof. Dr. Norbert Kersting und Prof. Dr. Roland Roth.

Den Kern der Studie [s. vorangehender Artikel zum selben Thema](#)

Rückfragen an:

Prof. Dr. Robert Vehrkamp, Telefon: 0 52 41 / 81-81526

E-Mail: robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Christina Tillmann, Telefon: 052 41 / 81-81335

E-Mail: christina.tillmann@bertelsmann-stiftung.de

Die Kernergebnisse, die 27 Stadtberichte und Pressegrafiken finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de

Pressearbeit

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256 | 33311 Gütersloh | Germany

Telefon: +49 5241 81-81161 | Fax: +49 5241 81-681161

E-Mail: maria.droop@bertelsmann-stiftung.de | www.bertelsmann-stiftung.de

Die Bertelsmann Stiftung ist eine selbstständige Stiftung des privaten Rechtes im Sinne von Abschnitt 1 des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Gütersloh.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bezirksregierung Detmold.

Stifter: Reinhard Mohn

Vorsitzender des Kuratoriums: Prof. Dr. Werner J. Bauer

Vorstand: Aart De Geus (Vors.), Liz Mohn (stv. Vors.), Dr. Jörg Dräger, Dr. Brigitte Mohn

05. September 2014

Übermittelt über: Presse_LV_BW

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



Flutmedaille des Bundes

MdB Gerster zeichnet 19 THW-Helfer aus Friedrichshafen aus

Der SPD-Betreuungsabgeordnete für den Bodenseekreis **Martin Gerster** hat jetzt in Weingarten bei seiner Dankesansprache zur Verleihung der Flutmedaille 2013 den großartigen, selbstlosen und ehrenamtlichen Einsatz der Friedrichshafener THW-Mannschaft unter der Leitung des Ortsbeauftragten Harald Weindler gewürdigt: „Sie sind gute Botschafter für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft“, so der 42-jährige Biberacher Abgeordnete, der im Haushaltsausschuss des Bundestags für den Bereich Katastrophenhilfe zuständig ist. „Durch Ihr Engagement haben Sie ein Zeichen gesetzt, dass Menschen in Not auf professionelle Hilfe vertrauen können.“

Die Helfer aus Friedrichshafen waren in den ersten Junitagen vergangenen Jahres im Meckenbeurener Teilort Kehlen im Einsatz, als die Schussen durch einen aufgeweichten Hochwasserschutzdamm das Gelände des örtlichen Sportvereins unter Wasser setzte. Mit Hilfe eines Bergeräumgeräts wurden 120 Tonnen Sand in tausenden Säcken verbaut und somit der Damm am Kollabieren gehindert. In Sachsen-Anhalt war aufgrund des Junihochwassers schließlich eine Fläche halb so groß wie das Saarland überflutet. Auch hier kam Hilfe vom THW aus Friedrichshafen.

Die Einsatzmedaille Fluthilfe 2013 wurde als Dank und in Anerkennung für besonders aufopferungsvolle Hilfe bei der Abwehr von Gefahren und der Beseitigung von Schäden anlässlich der Flutkatastrophe 2013 in Deutschland gestiftet. Das Ehrenzeichen hat die Form einer runden, silberfarbenen Medaille. Auf der Vorderseite ist eine stilisierte Flutwelle an halb versunkenen Häusern dargestellt. Der untere Teil der Medaille trägt die Angabe „Fluthilfe 2013“. Die Rückseite stellt in der Mitte den Bundesadler dar, im unteren Teil stehen die Worte „Dank und Anerkennung“. Der dunkelblaue Mittelteil des Medaillenbandes ist beidseitig von den Bundesfarben schwarz-rot-gold eingefasst. Dazu überreichte Gerster jeweils eine Ehrenurkunde mit dem Bundesadler.



Die 22 Geehrten des THW Friedrichshafen: Matthias Ausborn, Klaus Beier, Benjamin Brose, Claudio Damiano, Sven Dietrich, Erkin Ercan, Matthias Gasser, Matthias Gruber, Christian Loser, Michael Reiner, Claudio Rizzo, Philipp Roensch, Matthias Schießl, Thomas Vogt, Stefan Vowinkel, Oliver Weifenbach, Theo Wielath, Florian Wodtke und Ralf Zapf.

Foto: Archiv Gerster
28.07.2014

Wolfgang Heinzel ,Bürgerbüro Martin Gerster MdB

Flutmedaille des Bundes

MdB Gerster zeichnet zwei Helfer stellvertretend fürs THW Überlingen aus

Bei der Veranstaltung in Weingarten würdigte **Martin Gerster** auch den großartigen, selbstlosen und ehrenamtlichen Einsatz der Überlinger THW-Mannschaft unter der Leitung des stellvertretenden Ortsbeauftragten Michael Schrettinger.



von links: THW-Landesbeauftragter Stephan Bröckmann, der stellvertretende Überlinger THW-Ortsbeauftragten Michael Schrettinger, der Überlinger THW-Presserverantwortliche Oliver Weißflog und MdB Martin Gerster

Foto. Archiv Gerster

Die Helfer aus Überlingen waren in den ersten Junitagen vergangenen Jahres in Salem im Einsatz, als die Deggenhauser Aach zum ersten Mal seit Menschengedenken zu einem reißenden Strom geworden war, den dortigen Campingplatz binnen einer halben Stunde über einen Meter hoch unter Wasser setzte und 20 Wohnwagen zerstörte, deren Besitzer nicht schnell

genug wegfahren konnten. Der THW-Ortsverband Überlingen hatte die nötige technische Ausrüstung parat, rückte mitten in der Nacht mit seinen Großpumpen und schwerem Gerät an und befreite schließlich den überfluteten Platz vom Hochwasser. Außerdem zogen die Helfer mit dem Ladekran unter der Salemer Aachbrücke Treibholz hervor, das sich dort verkeilt und zu weiteren Wasseranstauungen geführt hatte.

Jeweils zur Medaille überreichte Gerster eine Ehrenurkunde mit dem Bundesadler an den stellvertretenden Überlinger THW-Ortsbeauftragten Michael Schrettinger und den Presseverantwortlichen Oliver Weißflog. Diese waren in Vertretung ihrer Kameraden gekommen, die zeitgleich beim Überlinger Promenadenfest präsent waren.

Weingarten, 28.07.2014

Wolfgang Heinzl ,Bürgerbüro Martin Gerster MdB

Martin Gerster MdB diskutiert Mindestlohn mit Obstbauern aus der Bodensee-Region

Der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat zusammen mit einer Delegation der SPD Bodenseekreis Obstbauernhöfe in der Bodensee-Region besucht, um mit den Obstbauern über die Folgen des gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro zu diskutieren.

Die Landwirte schilderten dem Abgeordneten ihre Bedenken zum Gesetz der Großen Koalition. Sie fürchten, der Mindestlohn könnte den dringend benötigten Einsatz ausländischer Erntehelfer für ihre Betriebe stark verteuern.

So herrsche in der Branche enormer Preisdruck, sodass höhere Löhne nur schwer über höhere Marktpreise abgedeckt werden könnten. Vor allem die Lebensmitteldiscounter würden die Preise durch den Verkauf von ausländischem Obst, hauptsächlich aus Süd- und Osteuropa, kräftig drücken. Auch durch die Krisen in der Ukraine und in Nordafrika und dem Nahen Osten sinken die Preise, da diese Länder in Friedenszeiten viele Äpfel importieren, nun aber aufgrund der unsicheren Lage kaum noch einen Absatzmarkt bieten.



MdB Gerster, Mitte hinten, rechts von ihm Hofmitbetreiber Johannes Bentele, zusammen mit Vertretern der Obstbauern im Bodenseekreis und des SPD-Kreisvorstands.

Nicht nur deshalb befürchten die Obstbauern, nach Einführung des Mindestlohns bis zu einem Drittel ihrer Einkünfte einzubüßen. Gleichzeitig bekräftigten sie jedoch, dass die Einführung eines Mindestlohnes grundsätzlich richtig sei. Lediglich im Bereich der Erntehelfer sei eine abgewandelte Lösung notwendig.

Für Dieter Stauber, Vorsitzender der SPD im Bodenseekreis, war es eine „wichtige Notwendigkeit, aus ersten Hand und in dieser Tiefe die Betroffenheit und die Probleme der örtlichen Obstbauern zu erfahren“.

Bisher war im ersten Gesetzesentwurf die Regelung vorgesehen, dass Beschäftigte in Deutschland 50 Tage sozialversicherungsfrei sind. Kurz vor der Abstimmung im Deutschen Bundestag wurden auf Bitten der Obstbauern Kompromisse im Gesetz festgeschrieben und verabschiedet: Die Länge des sozialversicherungsfreien Zeitraumes wurde auf 70 Tage ausgedehnt und die

Abrechnung für die Kost und Logis der Beschäftigten auf den Höfen deutlich vereinfacht. Diese Änderungen seien aber doch nicht so unproblematisch wie gedacht, war der Tenor der anwesenden Landwirte. Es gebe noch erheblicher Klärungsbedarf über die Ausführungen des Gesetzes in der Praxis.

„Ich verstehe die Sorgen der Landwirte“, so Gerster: „Nichtsdestotrotz ist das Gesetz beschlossen, es gibt keine Branchenausnahmen. Dennoch ist es vielleicht möglich, innerhalb den Rahmenbedingungen des gesetzlichen Mindestlohns in den Facharbeiterschüssen nachjustieren.“

Biberach, 01.08.2014

Alina Käfer, Wahlkreisbüro Martin Gerster MdB

Parteiarbeit in kleinen Ortsvereinen in Südwürttemberg

In ganz Südwürttemberg gibt es siebzehn Ortsvereine mit weniger als zehn verbliebenen SPD-Mitgliedern. Einer davon ist die SPD in der Gemeinde Oberteuringen (an der B 33) zwischen Ravensburg und Markdorf. Vor zwei Jahren hat der zuständige Kreisvorstand über eine Fusion mit dem größeren Ortsverein Markdorf nachgedacht, die dann doch nicht vollzogen worden ist. Oberteuringen ist eine überwiegend landwirtschaftlich geprägte Gemeinde, urkundlich erwähnt schon im Jahr 752 und im 30-jährigen Krieg mehrmals von Raubrittern und Armeen niedergebrannt. Bis 1964 gab es auch noch eine Teuringer Talbahn, die seit 1922 ein bequemes Reisen in die Zeppelinstadt und an den Bodensee ermöglichte. Oberteuringen bildet mit Markdorf, Bermatingen und Deggenhausertal eine Verwaltungsgemeinschaft. Die Gemeinde pflegt seit 1997 eine „Städtepartnerschaft“ mit der Gemeinde Tübach im Schweizer Kanton St.Gallen sowie seit der Wiedervereinigung 1989/1990 mit der Gemeinde Lohmen in der Sächsischen Schweiz unweit der Elbe bei Pirna (nach wikipedia). Aus der Gemeinde entstammt Eitelhans Ziegel Müller, einer der Bauernführer im Bauernkrieg im 15./16.Jahrhundert.

Der Orts-SPD ist bei der zurückliegenden Kommunalwahl am 25.Mai ein erstaunlicher Coup gelungen, freut sich der bisherige Vorsitzende und SPD-Gemeinderat Hermann Veaser. Trotz eines relativ überschaubaren Kandidatenaufgebotes nahm die SPD noch um 1,2 Prozent zu und kam auf 10,8 Pro-

zent, was dazu führte, dass der einzige Sitz für die SPD im Gemeinderat (bei 14 Sitzen insgesamt) verteidigt werden konnte. Ihn nimmt jetzt Christian Matousek ein.

Mitte August trafen sich die sechs Ortsvereinsmitglieder im Gasthaus „Zweifel“ im Ortsteil Bitzenhofen an der Lerchenstraße zur Hauptversammlung. Hermann Veeseer ist bereits nach Markdorf umgezogen. Ihm dankte Anwalt Matthias Bergmann für sein rund 20-jähriges Engagement im Ortsverein und im Gemeinderat und überreichte ihm ein Weinpräsen und eine aktuelle Lektüre für seinen bevorstehenden Urlaub. „Du hast bei uns immer einen Ehrenplatz frei“, sagte Bergmann, „wenn du wieder einmal nach Oberteuringen kommen kannst zu einer SPD-Sitzung.“

Trotz des Namens des Lokals, in dem diese aktuelle Versammlung abgehalten wurde, solle es bezüglich des Fortbestehens der Sozialdemokratie in Oberteuringen keine Zweifel geben, merkte Veeseer an und rief den Tagesordnungspunkt „Neuwahl des Vorstandes“ auf. Uwe Achilles und Hans-Peter Sieger (beide vom OV Markdorf) erklärten ihre Bereitschaft, die Wahlkommission zu bilden,

In geheimer Wahl wählten die OV-Mitglieder dann den bisherigen Kassier Günther Schnappauf zum neuen Vorsitzenden der Oberteuringer SPD. Er erklärte sich bereit, diese Wahl anzunehmen. In seiner anschließenden „Regierungserklärung“ sprach Schnappauf das Projekt „Mitgliederentwicklung“ an und appellierte an die Versammlung, in den kommenden Monaten und Jahren mitzuhelfen, damit die Zahl der SPD-Mitglieder im Rotach-Tal vergrößert werden kann, auf über 10 Mitglieder, um dann bei der nächsten Gemeinderatswahl in fünf Jahren mit einem größeren Aufgebot als jetzt 2014 vor die Wählerinnen und Wähler zu treten. Eine attraktive Homepage gehört nach seinen Worten ebenso dazu, wie die aktive Präsenz in den sozialen Netzwerken und mehr noch: die Präsenz der SPD im örtlichen Mitteilungsblatt. Auch der Kassenstand müsste dazu wieder dreistellig werden!

Zur neuen Kassenverwalterin wählte die Versammlung ebenfalls in geheimer Wahl Daria Napolano.

Die letzte größere SPD-Veranstaltung in Oberteuringen war eine Podiumsdiskussion zum Thema „Seniorengerechtes Wohnen“ in der „Post“ im Jahr 2012. Mit Frau Caspari von der Wohnanlage „Lebensräume für Jung und Alt“ in Oberteuringen und der stellv.SPD-Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis (Ulm).

In der allfälligen Aussprache nach den Wahlgängen diskutierte die Runde über mehrere kommunalpolitische Anliegen wie den Ausbau der Grundschule zur Ganztageschule und die ungünstige Verteilung der Schulkinder aus der Gemeinde nach der Grundschule in die Nachbarstädte Markdorf, Friedrichshafen und auch Ravensburg. Ein anderes Problem sind der Verkehr auf der Bundesstraße 33 von Meersburg-Markdorf nach Ravensburg und die Anbindung der Anwohner an das Liniennetz der Omnibusbetriebe. Auch über Aktivitäten zum Ausbau der Elektromobilität ist gesprochen worden und über Projekte zur Förderung des Tourismus und der Naherholung in der Gemeinde. Am 31. Juli hat der Gemeinderat eine neue Satzung zur Erhebung der Nutzungsgebühren in den Kinderbetreuungseinrichtungen beschlossen.

Gerhard Reichle weist den Roten Seehas noch darauf hin, dass in Neuhaus (das gehört heute ebenfalls zu Oberteuringen) im Jahr 1897 eine SPD -Versammlung abgehalten worden sei, auf der ein Redakteur namens Agster aus Stuttgart eine Rede gehalten habe: „Was will die Sozialdemokratie?“ Ein Konstanzer Genosse namens Kron habe die Versammlung geleitet und ein Arzt aus Markdorf, Dr. Gebhard sei auch dabei gewesen, sei aber wegen seiner Betrunkenheit kaum zu Wort gekommen. Gleich drei Geistliche aus Oberteuringen seien nach der Versammlung couragiert der sozialdemokratischen Agitation entgegengetreten. 1946, nach dem 2. Weltkrieg, haben in Oberteuringen zwei Landwirte versucht, die SPD in den Gemeinderat zu bringen. Immerhin 14 Prozent habe die SPD damals bekommen, sehr beachtlich, aber alle 6 Sitze seien damals an die CDU gegangen.

19.08.2014

W.Bernhard

Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum

KV Bodensee:

SPD-Sommerfest OV FN und KV Bodenseekreis

Samstag, 13.09.2014

15:30 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Friedrichshafen, Boule-Club

SPD Sommerfest mit Live-Musik, Attraktionen, leckerem Essen und guten Gesprächen in netter Atmosphäre, auf dem Gelände des Boule-Club im Fallenbrunnen. Zufahrt über Sparbruck und dann über den Parkplatz von Reifen-Falow Richtung Boule-Club, oder über Glärnischstraße (LRA) der Beschilderung Richtung Reifen-Falow folgen und dann rechts fahren. (Telefon Vereinsheim:07541 - 51661)

Kreisvorstandssitzung SPD Bodenseekreis

Montag, 22.09.2014

19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Gasthof Traube / Markdorf

Adresse: Steibensteg 7, 88677 Markdorf,
im Nebenzimmer

Telefon:07544 3350

Vorstandssitzung SPD Bodenseekreis

Dienstag, 14.10.2014

19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Überlingen-Nussdorf

im Gasthof Jehle | Nebenzimmer, Zum Salm 8 | 88662 Überlingen-Nußdorf

Telefon: +49 7551 63843

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 15.09.2014

19:30 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Weinstube Stecher

OV Markdorf:

Fr. 19.09.2014

19:00 Uhr

Kleiner Saal der Stadthalle Markdorf

Ehrungsfest der SPD Markdorf

Ehrung langjähriger und verdienter Mitglieder

Do. 11.09.2014

20:00 Uhr

Gasthaus Krone Markdorf

Vorstandssitzung

Infos aus dem Gemeinderat | Aktuelles aus der Stadt

OV Meersburg:

Stammtisch

Donnerstag, 11.09.2014

20:00 Uhr

Im Truben

Steigstraße

Meersburg

Vorstandssitzung

20:00 Uhr

Gutsschänke

Meersburg

SPD Kreis Ulm
Alb-Donau Kreis
MdB Hilde Mattheis

PIA ist voller Erfolg

PIA steht für Praxisintegrierte Erzieherausbildung und wird seit dem Schuljahr 2012/2013 bei der Katholischen Fachschule für Sozialpädagogik in Ulm angeboten. Bei dem Besuch vor Ort und der Diskussion mit den Teilnehmerinnen im zweiten Ausbildungsjahr konnte sich die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** überzeugen: "Der beschrittene Weg ist der richtige!"



Hilde Mattheis beim Besuch in der katholischen Fachschule für Sozialpädagogik in Ulm
Foto: Archiv Mattheis

Sowohl von den Auszubildenden als auch von den Trägern von Kindertageseinrichtungen werde das nur in Baden-Württemberg existierende Modellprojekt sehr gut angenommen. Ziel ist, das Berufsbild des Erziehers attraktiver zu machen, indem Ausbildungsvergütung bezahlt und mehr praktische Ausbildungsinhalte angeboten werden.

28.07.2014

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Junge Berufstätige und Azubis können ein Jahr in die USA

Mattheis ruft zur Bewerbung beim Deutsch-Amerikanischen Jugendaustausch auf

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten - diese einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP). Kim Bucher aus Heroldstatt macht sich gerade auf den Weg nach Amerika. Auch im kommenden Jahr haben Schüler und Jugendliche wieder die Chance, amerikanisches Familien-, College- und Arbeitsleben aus erster Hand kennen zu lernen. Die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** ermutigt geeignete Bewerber, sich zu bewerben.

Besonders angesprochen sind junge Berufstätige/Auszubildende (z.B. gewerblich/technische Berufe, Handwerker, Kaufleute und Landwirte/Winzer), die zum Zeitpunkt der Ausreise (August 2015) eine anerkannte, abgeschlossene Berufsausbildung haben und nach dem 31.07.1990 geboren sind. Die Absolvierung eines Freiwilligen Sozialen Jahres bzw. Freiwilligen Ökologischen Jahres sowie die Dauer des Wehr- oder Zivildienst wird begünstigend auf das Alter angerechnet. In diesem Jugendaustausch-Programm des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses konnten seit 1983 bereits weit über 20.000 junge Leute gefördert werden, davon 20 Prozent junge Berufstätige.

Bewerbungsunterlagen können bis zum 12. September 2014 bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) online unter www.giz.de/usapp

angefordert werden.

Nähere Informationen zum Programm gibt das Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** (hilde.mattheis.wk01@bundestag.de oder www.bundestag.de/ppp) und die GIZ in Bonn (ausschließlich junge Berufstätige) unter Telefon 0228-4460-1339 oder -1172 beziehungsweise E-Mail: usapp@giz.de.

12. August 2014

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis stimmt gegen Waffenlieferungen in Krisengebiete

„Friedenspolitik kennt keine einfachen Antworten. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Alternativen zum derzeitigen Handeln gibt“, schreibt die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** in einer persönlichen Erklärung.

Diese hatte sie bei der gestrigen Sondersitzung des Deutschen Bundestages mit der Abstimmung über Waffenlieferungen in Krisengebiete abgegeben. Die Internationale Gemeinschaft sei gefordert, in Krisensituationen gemeinschaftlich zu agieren. Bei Gefährdung der internationalen Sicherheit sei es Aufgabe der Vereinten Nationen, über mögliche Maßnahmen zu entscheiden. Diese könnten Fluchtkorridore für die Zivilbevölkerung in Erwägung ziehen oder Nachbarstaaten, die den IS mit Waffen oder Geld unterstützen, zur Verantwortung ziehen. Darüber hinaus müsse sich die internationale Gemeinschaft fragen, wie der stete Zulauf zu radikal-islamischen Organisationen wie der ISIS langfristig verhindert werden könne.

Es sei eine schwierige Abwägungsfrage, militärische Rüstungsgüter an die Kurden im Irak zu liefern. Mattheis befürchte, dass hier ein Präzedenzfall geschaffen werde, „dessen Folgen weit über den aktuellen Konflikt im Irak hinausreichen“. Die gelieferten Waffen könnten gegen den irakischen oder einen anderen Staat gerichtet werden oder in falsche Hände geraten. „Es ist daher darauf hinzuwirken, die Verbreitung von Kleinwaffen und anderen Waffen zu stoppen. Die Konsequenzen von Waffenexporten in Krisengebiete im Allgemeinen und im konkreten Fall wiegen meines Erachtens so

schwer, dass ich die Waffenlieferungen nicht unterstützen kann“, begründet die Parlamentarierin ihre Ablehnung.

1. September 2014

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Persönliche Erklärung zur Abstimmung über den Entschließungsantrag 18/103:

„Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Irak und Kampf gegen die Terrororganisation IS“

Waffenlieferungen in Krisengebiete bedeuten eine Abkehr von unserer bisherigen SPD- Außenpolitik. Die Risiken und Folgen sind nicht abschätzbar. Es ist daher zu begrüßen, dass eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages zu dieser wichtigen Frage einberufen wurde, um den Parlamentarierinnen und Parlamentariern die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zu äußern und eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen.

Die Entscheidung der Bundesregierung militärische Rüstungsgüter an die Kurden im Irak zu liefern, ist niemanden leicht gefallen. Eine Positionierung in dieser Frage ist auch für jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten eine schwierige Abwägungsfrage, die in Anerkennung vor den Argumenten der jeweils anderen Meinung geschehen muss. Die Bundesregierung hat die Folgen und Risiken abgewogen und ist zu der Entscheidung gekommen, dass die militärische Unterstützung der kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer mit Panzerabwehrraketen, Panzerfäusten, Sturmgewehren und Handgranaten notwendig sei, um die Bevölkerung im Nordirak vor der ISIS zu beschützen, auch wenn diese Entscheidung hohe Risiken birgt. Diese Entscheidung wird aber nicht nur im konkreten Fall Konsequenzen haben. Auch bei zukünftigen Konflikten wird es dazu kommen, dass Staaten oder einzelne Gruppen nach Waffenlieferungen verlangen werden. Die Bundesregierung schafft somit einen Präzedenzfall, dessen Folgen weit über den aktuellen Konflikt im Irak hinausreichen. Ich persönlich möchte in der Abwägung dem eingeschlagenen Weg nicht folgen.

Darüber hinaus sehe ich das Risiko, dass die Waffenlieferungen im konkreten Fall dazu führen werden, dass eine regionale Gruppe innerhalb des Iraks aufgerüstet wird, die diese Waffen wiederum gegen den irakischen Staat oder einen anderen Staat richten kann. Zudem verteilen sich Kleinwaffen in Krisenregionen besonders schnell und können in falschen Händen Konflikte auslösen oder verschlimmern. Denn gerade in dem Konflikt wird immer offensichtlicher, dass IS amerikanische Beutewaffen mit höchster Wirkungsfähigkeit einsetzen. Es ist daher darauf hinzuwirken, die Verbreitung von Kleinwaffen und anderen Waffen zu stoppen. Die Konsequenzen von Waffenexporten in Krisengebiete im Allgemeinen und im konkreten Fall wiegen meines Erachtens so schwer, dass ich die Waffenlieferungen nicht unterstützen kann.

Meiner Auffassung nach muss die internationale Gemeinschaft in Krisensituationen gemeinschaftlich agieren. Die Vereinten Nationen sind befugt und gefordert, bei Gefährdung der internationalen Sicherheit über mögliche Maßnahmen zu entscheiden. Sie sollten unterschiedliche Alternativen wie zum Beispiel Fluchtkorridore für die Zivilbevölkerung in Erwägung ziehen. Die Nachbarstaaten, die den IS mit Waffen oder Geld unterstützen, müssen von der internationalen Gemeinschaft zur Verantwortung gezogen werden. Darüber hinaus muss sich die internationale Gemeinschaft fragen, wie der stete Zulauf zu radikal-islamischen Organisationen wie der ISIS langfristig verhindert werden kann. Friedenspolitik kennt keine einfachen Antworten. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Alternativen zum derzeitigen Handeln gibt.

1. September 2014

Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis



Kurzbericht vom Thementag der DL21 am 28. Juli 2014 in Stuttgart

Gefahren durch NSA

Sebastian Staudenmaier, 2. Stellvertretender Landesvorsitzender der Piraten gab einen Rückblick auf die noch lange nicht abgeschlossene NSA-Affäre und die Gefahren, denen man als „normaler“ Webenutzer ausgesetzt ist. Das ist das Ende der digitalen Privatsphäre.

Um diese Entwicklung umzukehren forderte Staudenmaier u. a.

- Gesetzlicher Schutz von Whistleblowern
 - Bessere Kontrolle von Geheimdiensten
 - Förderung der Medienkompetenz
 - Staatliche-Angebote richtig absichern, z.B. Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei DE-Mail
 - Keine neuen Anläufe bei Vorratsdatenspeicherung und Bundestrojaner
 - „Grundrechte-TÜV“ für bestehende Sicherheitsgesetze
- Da sein Vortrag bei vielen Teilnehmern als sehr komplex empfunden wurde, wird die DL21 versuchen eine Präsentation zum Schutz der digitalen Privatsphäre für IT-Nutzer, die IT-Laien sind, zu entwickeln.

TTIP, ein Angriff auf den demokratischen Rechtsstaat und unnütz für die Wirtschaft in der EU und den USA

Das zurzeit vom Handelskommissariat der EU verhandelte Freihandelsabkommen mit den USA TTIP lehnen die Teilnehmer/innen in ab. Dank den bis heute bekannten gewordenen Vorstellungen zum Investitionsschutz würde nach der Akzeptanz von TTIP der Art. 14 der Grundgesetzes (Schutz und Verpflichtung des Eigentums) ausgehebelt werden. Letztlich geht es wohl nur darum, globalen Konzernen ein Tor zu öffnen, um nationale und

regionale Gesetze zum Vorsorgeprinzip, Verbraucherschutz, sozialen Sicherheit, Datenschutz usw. in Europa und USA zur Schaffung einer „marktkonformen Demokratie“ auf Minimalstandards zu reduzieren. Die versprochenen 200.000 neuen Arbeitsplätze über einen Zeitraum von zehn Jahren lassen bezweifeln, ob diese 0,5 Promille in den Jahresstatistiken des Ministeriums für Arbeit überhaupt sichtbar werden. Die Teilnehmer/innen fordern intensive Diskussionen von TTIP in den Gliederungen der SPD und unterstützen die Unterschriftenkampagne von CAMPACT.

Investitionen in die Zukunft statt restriktivem Sparkurs

Die Menschen in Baden-Württemberg haben ein Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung. Dazu gehören Krankenhäuser, die vom Land ausreichend Investitionsmittel zur Verfügung bekommen. Der Investitionsstau von über einer Milliarde Euro in unseren Krankenhäusern, der der schwarzen Vorgängerregierung zu verdanken ist, darf nicht durch weitere Einsparungen beim heute schon überlasteten Personal behoben werden. Deshalb meinen die Teilnehmer/innen des Thementages der DL 21 in Baden-Württemberg, dass die vorzeitige Einhaltung der Schuldenbremse weniger überzeugend für die Bevölkerung sei, als eine gute, solide Gesundheitsversorgung durch ein angemessen vergütetes Personal.

05.08.2014

Dietram Hoffmann

DL21-Newsletter 04.08.2014

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den Medien wird aktuell darüber debattiert, ob ein Kurswechsel die SPD „aus dem 20% Umfrage-Turm“ herausführen könnte und mehr Wirtschaftskompetenz die SPD für 2017 besser aufstellen könnte.

Es wird in Zeitungsinterviews und Presseäußerungen angemahnt, dass die SPD in den letzten Jahren zu stark auf Themen der sozialen Gerechtigkeit gesetzt und ihr wirtschaftspolitisches Profil vernachlässigt habe. Allerdings bescheinigen uns die Wahlanalysen 2013 nicht nur geringere Wirtschaftskompetenz als der Union, sondern auch, dass die SPD in ihrer Kernkompe-

tenz „soziale Gerechtigkeit“ weiterhin nicht ausreichend überzeugen konnte. Grundlegend wurde unserer Partei attestiert im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit „halbherzig“ zu agieren und dass die kulturelle Kluft zwischen SPD und einstiger Kernklientel, den „einfachen Leuten“, steige (TNS Infratest). Das belegt: Die Schwerpunktsetzung auf unsere Kernkompetenz soziale Gerechtigkeit/ Verteilungsgerechtigkeit ist notwendig und richtig.

Und für uns ist auch klar: Wirtschaftspolitische Profilierung und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht gegeneinander gestellt werden, sondern gehören zusammen und ergänzen sich. Wir dürfen das soziale Profil der SPD nicht abschwächen, sondern sollten vielmehr das wirtschaftliche Profil stärken, indem wir es noch mehr mit sozialen Aspekten verbinden.

Wir als DL21 wollen eine Debatte über eine zukünftige, linke Wirtschaftspolitik für Deutschland führen. Mehr Wirtschaftskompetenz für unsere Partei bedeutet nämlich nicht, dass wir die verfehlte Politik der letzten Jahre nun wieder stärken sollten, sondern unser Ziel muss es sein, ein wirtschaftliches Umdenken anzustreben. Gute Wirtschaftspolitik orientiert sich am Gemeinwohl, den Belangen der Menschen und ökologischen Gesichtspunkten. Gute Wirtschaftspolitik wird das Primat der Politik über die Wirtschaft stärken und die Demokratisierung in der Arbeitswelt vorantreiben.

Die SPD braucht keinen Kurswechsel hin zu einem liberalen wirtschaftspolitischen Profil, sondern eine Stärkung des sozialen Profils durch neue wirtschaftspolitische Konzepte. Dies wird der inhaltliche Schwerpunkt auf unserer Herbsttagung im November sein.

Ebenso ist die Debatte um die Kalte Progression wieder entfacht worden. Kurioserweise stellt sich die Kanzlerin weiter gegen den Abbau der kalten Progression, da sie die Haushaltskonsolidierung für wichtiger erachtet, während beispielsweise Sigmar Gabriel das Argument einbrachte, dass durch den Mindestlohn mehr Steuereinnahmen zu verzeichnen wären, die dann den Abbau der kalten Progression ermöglichen würden. Dieses Argument ist neu, war doch bisher immer die Rede davon, dass die kalte Progression nur abgebaut werden könne, wenn sie solide und vollständig gegenfinanziert ist, z.B. über Steuererhöhungen, wie Thomas Oppermann im April im Bundes-

tag meinte. Genau in diesem Sinne hat sich der DL Bundesvorstand im Mai positioniert. Unsere Kernaussagen sind:

„Die Einkommenssteuer insgesamt muss gerechter werden!

Spitzenverdiener, Vermögende und Empfänger großer Erbschaften müssen sich gerecht an der Finanzierung des Staates beteiligen!

Investitionsausgaben und Entlastungen für mittlere Einkommen dürfen nicht gegeneinander gestellt werden!“

Den vollständigen Text findet ihr nochmals [hier](#).

Ein weiteres Thema erlebt wieder eine Renaissance: Public Private Partnership, kurz PPP. Die Erkenntnis eines massiven Investitionsstaus in Deutschland soll offensichtlich dazu führen, PPP wieder zu beleben.

Wir werden uns auf die Debatte vorbereiten und einen Reader zusammenstellen.

Unsere Landesgruppen sind sehr aktiv. Anbei findet ihr eine [Dokumentation](http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2014/08/DL21-BaW%C3%BC-Thementag-Pr%C3%A4sentationen-in-Text-als-Link.pdf) (<http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2014/08/DL21-BaW%C3%BC-Thementag-Pr%C3%A4sentationen-in-Text-als-Link.pdf>) der Themenveranstaltung in Baden-Württemberg. Mit den Themen NSA ([Link Präsentation](#)), TTIP ([Link Präsentation](#)) und Schuldenbremse haben sich unsere Mitglieder an ihrem Thementag intensiv beschäftigt.

Im Vorfeld der Mitgliederversammlung am 04. Oktober 2014 in Berlin finden darüber hinaus in den Landesverbänden Treffen statt und in Telefonkonferenzen mit den Sprecherkreisen wird die Situation der DL 21 erörtert. Der Bundesvorstand trifft sich diese Woche. Wir werden also gut vorbereitet in unsere Mitgliederversammlung gehen und im Oktober insbesondere die Herausforderungen vor der die DL 21 steht debattieren und Vereinbarungen für unsere zukünftige Arbeit treffen.

Mit solidarischen Grüßen

Hilde Mattheis, MdB, Vorsitzende des Forums DL 21

Mehr Solidarität ist gefordert

Stuttgart, 03.09.2014 – Anlässlich der Diskussion über die anstehende Entscheidung des Bundesrates zur Flüchtlingspolitik erklärt der Sprecherkreis des Forums DL 21 Baden-Württemberg:

Die Forderung nach einer Ausweitung der sicheren Drittstaaten war ein Zugeständnis der SPD an die CDU in den Koalitionsverhandlungen zur Großen Koalition. Sie ist nicht originäre SPD-Position und sollte es auch niemals werden. Wer jetzt leichtfertig über die Verhältnisse in den drei Balkanländern Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina redet, in denen Minderheiten wie Roma verfolgt und diskriminiert werden, begreift nicht den Ernst der anstehenden Entscheidung für den Bundesrat..

Wir halten die Entscheidung der Bundesregierung und des Bundestages, die drei Balkanländer zu sicheren Drittstaaten zu erklären, für falsch. Viele Landtagsabgeordnete kämpfen zu Recht in ihren Wahlkreisen gegen die Abschiebung von Minderheiten in diese Balkanstaaten. Eine Einzelfallprüfung ist zwar ein hoher Verwaltungsaufwand, der aber angesichts der bekannten Problematik gerechtfertigt und humanitär geboten ist. Daher begrüßen wir es ausdrücklich, wenn die Landesregierung in Baden-Württemberg diesen Punkt ebenfalls kritisch sieht und ihre Zustimmung im Bundesrat verweigert.

03.09.2014

Sprecherkreis DL 21 Baden-Württemberg:

Leni Breyemeier, Luisa Boos, Sonja Elser,

Mark Fischer, Dietram Hoffmann,

Hilde Mattheis, Claus-Georg Nolte,

Andreas Raschke, Nicolas Schäfstoß,

Ralf Spörkel

www.forum-dl21.de

info@forum-dl21.de

SBI – Sozialistische Bodensee- Internationale

Vier Landtagswahlen in nächster Zeit

Ja, gleich in vier Bundesländern kämpfen Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten im Spätsommer um ein gutes Abschneiden bei einer Landtagswahl. Den Auftakt bildet die SPD im Freistaat Sachsen an der Elbe, die am 31. August 2014 mit ihrem Spitzenkandidaten und ausgeprägten Familienmenschen Martin Dulig die Landtagswahl gewinnen will. Er ist auch Bundesvorsitzender des Netzwerks für Demokratie und Courage e.V. und seit 2007 Vorsitzender der sächsischen SPD-Landtagsfraktion.

Und zwei Wochen später sind zwei andere ostdeutsche SPD-Landesverbände dran, die schon jetzt einer Landesregierung angehören oder den Ministerpräsidenten stellen, wie in Brandenburg mit Dietmar Woidke, dem Nachfolger von Matthias Platzeck, seit dem 28. August 2013. Neben Brandenburg sind am 14. September 2014 auch Landtagswahlen im Freistaat Thüringen, wo die SPD-Spitzenkandidatin und Landesministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, Heike Taubert, die amtierende CDU-Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht ablösen will.

Last, not least, wählen einen Sonntag darauf im westlichen Bundesland Vorarlberg in Österreich die Wählerinnen und Wähler ebenfalls einen neuen Landtag, am 21. September 2014. Jüngste Umfragen deuten auf ein Ende der absoluten Mehrheit für die regierende ÖVP im „Ländle“ vor dem Arlberg hin. Spitzenkandidat der Landes-SPÖ in Vorarlberg ist Michael Ritsch, der Landesvorsitzende und Clubobmann der sozialdemokratischen Abgeordneten im Bregenzer Landesparlament.

Recht spannend ist ein konzentrierter Abgleich aller vier Wahlprogramme bzw. Regierungsprogramme der wahlkämpfenden Sozialdemokratischen Landesparteien für die Zeit bis zum Ende des 2. Jahrzehnts im 21. Jahrhundert mit den aktuellen Herausforderungen in den einzelnen Feldern der je-



Martin Dulig Foto: <http://spd-fraktion-sachsen.de/fraktion/abgeordnete/martin-dulig>
weiligen Landespolitik. Sehr detaillierte Anliegen und Vorhaben präsentiert jedenfalls die Vorarlberger SPÖ in ihrem Programm „7mal7plus7 Vorschläge für ein sozial gerechteres Vorarlberg“ zu den Themen Bezahlbares Wohnen, Lohngleichheit von Frauen und Männern, eine bessere Familien- und Schulpolitik, Inklusion, Integration von Flüchtlingen und „gute Arbeit“. Zu jedem Stichwort bietet sich ein Vergleich der vier roten Wahlprogramme, von Vorarlberg bis Brandenburg, an.

Intensiver untersucht hat der Rote Seehas schon die Frage einer anderen Gebührenpolitik in der Kinderbetreuung, zumindest in Mitteleuropa. In Vorarlberg, Thüringen und in Sachsen setzt man sich von sozialdemokratischer Seite diesbezüglich vorrangig ein für eine baldige Gebührenfreiheit im Kindergarten, erst recht in dem Jahr vor der Einschulung, nach dem Vorbild der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Berlin und **seit 1. August 2014 auch Hamburg.**

Gebührenpolitik in der Kinderbetreuung im Nachbarland Österreich (aktuell)

Stadt Wien	U-3-Betreuung plus Kindergarten ganztägig gebührenfrei
Kärnten	Von 3 bis 6 Jahren im Kindergarten vormittags gebührenfrei
Niederösterreich	Von 3 bis Jahren im Kindergarten vormittags gebührenfrei
Oberösterreich	Von 2 ½ - 6 Jahren im Kindergarten vormittags gebührenfrei
Steiermark	Von 3 bis 6 Jahren im Kindergarten vormittags gebührenfrei
Burgenland	Durch einkommensabhängige Förderung für 70% der Kinder gebührenfrei
Tirol	Von 4-6 Jahren im Kindergarten vormittags gebührenfrei
Salzburg	Letztes Kindergartenjahr vor der Einschulung gebührenfrei
Vorarlberg	Letztes Kindergartenjahr vor der Einschulung gebührenfrei



Dietmar Woidke

Foto: <http://www.stk.brandenburg.de/>



Fotogalerie Heike Taubert

In der SP Schweiz wäre man froh, wenn man diese Standards schon annähernd erreicht hätte. Im „**Brandenburg-Plan**“ der SPD für die bevorstehende Landtagswahl wird eine andere Politik verfolgt: „Auf den Anfang kommt es an“, auf die optimalen Bedingungen in der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Brandenburg hat schon eines der dichtesten Kita- und Hortnetze in ganz Deutschland. Die Landes-SPD will in den kommenden Jahren rund tausend zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher einstellen und den Betreuungsschlüssel in der U-3-Betreuung weiter verbessern, so dass auf 1 Erzieherin nur noch fünf Kinder kommen. Auf keinen Fall, immerhin, soll die Gebührenbelastung für die Eltern beim Kindergarten- und Kita-Besuch steigen, so die Brandenburg-SPD. Super!

Einen anderen Akzent setzt die SPD in **Vorarlberg**: Sie will die Kinderbetreuung für Kinder bis 6 Jahre „elternbeitragsfrei“ machen. Und die SPD in **Sachsen**? Schon im 1. Kapitel „Zuhause in Sachsen“ sind politische Projekte genannt zur Verbesserung der Situation von Kindern, Jugendlichen, Familien und anderer Menschen in sozialen Einrichtungen bis zum Alter. Und da



Foto: SPÖ Vorarlberg

findet sich der Satz: „ Mehr als hundert Jahre nach der Abschaffung des Schulgeldes für öffentliche Schulen wird es Zeit, auch die Kitas als öffentliche Bildungseinrichtungen für alle Kinder gebührenfrei zu gestalten. Wir wollen dieses Vorhaben zügig in den kommenden Jahren umsetzen.“ Und auf S. 21 des „Regierungsprogramms“ der **Thüringer Landes-SPD** heißt es: „Thüringen ist das Heimatland des Kindergartens.1840 eröffnete Friedrich Fröbel in Bad Blankenburg den ersten Kindergarten der Welt. Wir wollen, dass Thüringen selbstbewusst seine guten Traditionen pflegt - mit hervorragender frühkindlicher Bildung. Wir haben den voraussetzungslosen Rechtsanspruch zur Betreuung für Kinder ab dem 1.Geburtstag bis zum Grundschulalter im Umfang von täglich 10 Stunden gesetzlich verankert.“ Und weiter heißt es: „Familien leisten viel. Wir wollen sie entlasten. Wir wollen den schrittweisen Einstieg in die Gebührenfreiheit. Das Land kann das allein nicht schaffen. Es ist notwendig, dass sich auch der Bund dauerhaft am Ausbau der Kindergarten-Finanzierung beteiligt. Wir werden uns dafür in Berlin einsetzen.“

In Vorarlberg kämpft die SPÖ zusätzlich für verringerte Schließungszeiten in der außerfamiliären Kinderbetreuung. Österreichweit sind die Kindergärten etwa 28 Tage im Jahr geschlossen, in Vorarlberg aber 48 Tage, 38,4 Tage in den Sommerferien. Olga Pircher, die Landesvorsitzende der SPÖ – Frauen, engagiert sich zudem für einen gesetzlichen Mindestlohn von 1 500 Euro im Monat, der vor allem Frauen zu Gute kommen soll. Im „Ländle“ zwischen dem Bodensee und Montafon beträgt der Unterschied im Jahreseinkommen zwischen Frauen und Männern 28 Prozent- das ist Rekord in den 9 österreichischen Bundesländern. Ein Missstand, den die SPÖ abschaffen will.

Der Rote See has will auch noch zu einem anderen Thema eine vergleichende Analyse vorlegen, etwa zum bezahlbaren Wohnen oder zur Inklusion.
12.08.2014 W.Bernhard

Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Bodenseeregion A, CH, D, FL (Vierländerregion Bodensee) April 2014

Rechtslage

A Kindergartenbesuch ab dem 5. Lebensjahr obligatorisch regulär 3 Jahre	D keine Kindergartenpflicht! regulär 3 Jahre
CH Kindergartenbesuch in den meisten Kantonen 2 Jahre vor der Einschulung obligatorisch! regulär 2 Jahre	FL für fremdsprachige Kinder Kindergartenbesuch im letzten Jahr vor der Schulpflicht obligatorisch 2 J.

In A, CH, D und FL in letzter Zeit erhebliche Anstrengungen zum Ausbau der U-3-Kinderbetreuung - Barcelona-Ziele 2002!

Gebührenregelung

A obligatorischer Kindergartenbesuch gebührenfrei (also im Vorschuljahr)	D nur in Rheinland-Pfalz, Berlin u. ab 1. 8. 2014 in Hamburg gebührenfreier Kindergartenbesuch vom 2.-6. Lebensjahr!
CH obligator. Kindergartenbesuch	FL gebührenfreier

kostenfrei - In Graubünden keinerlei Kindergartenpflicht	Kindergartenbesuch!
--	---------------------

Mutterschutz (Kündigungsschutz nach der Entbindung)

A 4 Monate	D 4 Monate
CH bis 16 Wochen nach der Entbindung	FL bis 16 Wochen nach der Entbindung

Mutterschaftsurlaub

A 16 Wochen	D 14 Wochen
CH 16 Wochen	FL 20 Wochen

Elternzeit

A Elternkarenz bis 24 Monate	D Elternzeit bis 36 Monate
CH kein Anspruch	FL Elternurlaub 3 Monate

Elternzeit-Geld

A 5 Varianten, max. Bezug bis zum 30. Monat d. Kindes, 80% des Nettoeinkommens bei 12+2	D 12 Monate +2 Monate Väter 65% d. Einkommens
CH kein Geld	FL kein Geld

Kindergeld

A Familienbeihilfe zw. 105 u. 202 € je nach Alter u. Zahl der Kinder	D für 1.+2. Kind: je 184 €, 3. Kind 190 € weitere 215 €
CH Kinderzulage mindestens 200 CHF im Monat	FL monatl. Kinderzulage 280 CHF bei 1 oder 2 Kindern bis 10 Jahren, später u. ab 3 Kindern 330 CHF monatlich

W. Bernhard/SBI/SPD April 2014

Ein Polizist wird endgültig rehabilitiert

Es ist eine bewegende Szene im „Pfalzkeller“ gleich in der Innenstadt von St.Gallen. Die hochbetagte Frau, Ruth Roduner (92), enthüllt eine Gedenktafel gleich beim Eingang zum Polizeikommando, in Begleitung einer angetretenen Ehrenwache in Galauniformen. Die Kantonspolizei ehrt in diesem futuristisch anmutenden Gewölbekeller den Vater von Ruth Roduner, den einstigen Polizeihauptmann Paul Grüninger. Er wird mit einem feierlichen Akt 42 Jahre nach seinem Tod endgültig rehabilitiert. „Ein langer und beschwerlicher Weg, der mehrere Jahrzehnte gedauert hat, geht jetzt zu Ende“, sagt der sozialdemokratische Justiz- und Polizeiminister in der Kantonsregierung von St.Gallen, Fredy Fässler. Auch der heutige Chef der Kantonspolizei, Bruno Zanga, ist nach seinen Worten erleichtert über die endgültige Rehabilitierung seines berühmten Vorgängers.

„Er rettete vor dem zweiten Weltkrieg, zwischen Juli 1938 und Februar 1939, rund 3 000 jüdischen Flüchtlingen und anderen Verfolgten des Nazi-Regimes das Leben“, heißt es auf der schlichten Gedenktafel über Grüninger, der von 1919 bis 1939 Kommandant der St.Galler Kantonspolizei war und von der Kantonsregierung fristlos entlassen und dann wegen Amtspflichtverletzung und Urkundenfälschung verurteilt worden ist. „Paul Grüninger sollte uns allen ein Vorbild sein, ein Vorbild in gelebter Humanität, ein Vorbild in Zivilcourage“, so betont Fredy Fässler, Mitglied der heutigen Kantonsregierung St.Gallen.

1938 hatte der Schweizer Bundesrat eine Grenzsperr für jüdische Flüchtlinge im Rheintal, am Bodensee und am Hochrhein bis Basel verfügt, die Grüninger mutig und unerschrocken ignorierte. Er erlaubte ihnen die Einreise in die Schweiz und rettete ihnen so das Leben. 1993 rehabilitierte der Kanton St.Gallen den einst Verfemten politisch, 1994 veröffentlichte der Bundesrat, die Schweizer Regierung in Bern, eine Ehrenerklärung für den Flüchtlingsretter. 1995 sprach das Bezirksgericht St.Gallen in einer Wiederaufnahme des Prozesses Paul Grüninger frei und ließ somit eine Entschädigung zu für die Familie, die durch die fristlose Entlassung Jahrzehnte lange Einbussen und Entbehrungen erlitten hatte. So bestätigt es seine Tochter Ruth Roduner in der Feierstunde. Sie habe damals extra die Handelsschule

in Lausanne abgebrochen, um nach Hause zurückzukehren und mit ihrem bescheidenen Lohn als Büroangestellte die Familie zu unterstützen. Ihrem Vater ist die Beamtenpension versagt worden.

Heute trägt das Fussballstadion in St.Gallen den Namen von Paul Grüninger, ebenso die Brücke über den Rhein bei Diepoldsau an der Grenze zu Österreich. Ein Kinofilm von Alain Gsponer „Akte Grüninger“ rückt seit einigen Monaten die Geschichte ins öffentliche Bewusstsein. Die Paul-Grüninger-Stiftung verleiht einen Preis für besondere Menschlichkeit und besonderen Mut im Sinne des Namensträgers.

www.paul-grüninger.ch

Wer es an dieser Stelle mit der Geschichte bewenden lässt und die Gegenwart ausblendet, handelt weniger vorbildlich! Was hat der 22. August, der Tag der Würdigung durch die Kantonspolizei, mit dem 9. Februar 2014 zu tun? Darüber gibt die frühere SP-Nationalrätin Hildegard Fässler in einem aktuellen Interview mit der linken Wochenzeitung „WOZ“ sehr nachdrücklich Auskunft. Am 9. Februar hat eine ganz knappe Mehrheit der Stimmbürger/innen in der Schweiz der Volksinitiative der rechtspopulistischen SVP zur Begrenzung der „Masseneinwanderung“ zugestimmt. Heute, im 21. Jahrhundert, werden im Auftrag der Politik Filme produziert, die auf potentielle Asylbewerber aus Afrika abschreckend wirken sollen. Nicht nur die Schweiz, ganz Europa, befindet sich in der Asylpolitik gegenwärtig in einem schlimmen inhumanen Dilemma. Im Mittelmeer sind schon Tausende ertrunken, gescheitert an der „Festung Europa“. Und es ehrt Fredy Fässler und den heutigen Polizeikommandanten Bruno Zanga, dass sie in ihren Reden für Paul Grüninger nicht die Parallelen zur heutigen Politik für Migranten und Flüchtlinge ausblenden. „Die Frage nach der ethischen Richtigkeit ihres Handelns dürfen Polizistinnen und Polizisten auch heute stellen. Es muss ihnen erlaubt sein, ihren Verstand zu benutzen und sich für höhere Werte wie Menschlichkeit zu entscheiden, wenn es sich um zentrale demokratische und humane Werte handelt“, sagt Bruno Zanga. „Jeder Staatsangestellte, der eine Anordnung von oben ausführt, kann auch anders handeln“, fügt Fredy Fässler hinzu. „Regeln oder Anweisungen, die in krasser Weise gegen ele-

mentare Prinzipien der Gerechtigkeit und der Menschenwürde verstossen, muss die Anwendung versagt bleiben.“

Wieviel helfen solche Worte heute wirklich, wenn es um gegenwärtige Ereignisse geht in vielen Asylunterkünften in Mitteleuropa?



Am 6. Mai 2012 enthüllten Ruth Roduner, die Tochter von Paul Grüninger, und Robert Kreutner, der 1939 als Kind mit seinen Eltern in die Schweiz einreisen durfte, die Gedenktafel an der „Paul Grüninger-Brücke“ über den Rhein von Diepoldsau (CH) nach Hohenems (Vorarlberg/A).
Bildrechte: Paul-Grüninger-Stiftung

„Die Schweiz wird einen hohen Preis zahlen müssen“, sagt Hildegard Fässler im Interview mit der WOZ vom 7. August 2014. Die fortwährende Fremdenfeindlichkeit, wachsende Abschottung vor dem Ausland, immer deutlichere Abgrenzung von internationalen Menschenrechtserklärungen durch Politiker, der Zerfall von Grundwerten, vor allem beim Umgang mit Minderheiten, die Infragestellung des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung: damit wird die Schweiz ins Abseits manövriert. Droht ein Kultur-

kampf? „Ich schäme mich nicht für das, was ich getan habe, im Gegenteil, wäre ich in derselben Situation, würde ich das wieder tun“, kennt Ruth Roduner-Grüninger die klare Haltung ihres Vaters Paul Grüninger. Wissen wir Zeitzeugen der gegenwärtigen, um nicht zu sagen, der widerwärtigen Asylpolitik von heute, was zu tun wäre im Zeichen der Humanität und der Zivilcourage?

26.08.2014

W.Bernhard



Martin Engler zeigt den Besuchern von der SBI seinen Heimatort Heiden
Foto: Andreas Fuchs



Erschreckender Anstieg der Zahl von Frauen in der Armutsberatung

Gegensteuern unbedingt erforderlich

Die Zahlen, die vom Verein DOWAS genannt werden, müssen bei allen Verantwortlichen die Alarmglocken schrillen lassen. Einmal mehr wird schwarz auf weiß bestätigt: Armut ist weiblich und wird noch mehr weiblich. Schwarz, sprich die Landesregierung, ist einmal mehr gefordert, reagiert aber zu wenig und zu langsam. Alleinerzieherinnen und Mehrkindfamilien hatten leider immer schon ein höheres Armutsrisiko zu tragen. Es gibt ja auch einen Armutsbericht für Vorarlberg, was gut ist. Dringender Handlungsbedarf ist gegeben. Es ist traurig, aber Tatsache, dass Frauen mit 612 Euro im Monat auskommen müssen. Da sind viele Pensionistinnen dabei, die am ärmsten dran sind. Natürlich ist es wichtig, sich bei Flüchtlingen auf die Herkunftsländer zu konzentrieren. Gemeinsame europäische Mindestsozialstandards müssen das Ziel sein. Das passiert nicht von heute auf morgen und so müssen wir alles daran setzen, uns auf allen Ebenen mit dem Problem Armut von Frauen zu beschäftigen und die Gründe dafür beleuchten. Es kann nicht weiter sein, dass Männer in Vorarlberg Österreich-weit am meisten verdienen und Frauen so stark armutsgefährdet sind. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die Frauen ein Auskommen mit ihrem Einkommen ermöglichen. Dazu gehört die von der SPÖ so oft geforderte Ausbau der Kinderbetreuung, die Kostenreduzierung derselben und mutigere Maßnahmen für Frauen, auch das Bekenntnis zu einem moderneren Familienbild. Ich schlage eine Enquete zum Thema Frauenarmut vor mit ExpertInnen aus möglichst vielen Bereichen.

07.08.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

Michael Ritsch ist verwundert über die Unwissenheit von FPÖ-Kandidat Christof Bitschi:

"Soll sich zuerst bei seinem Parteichef über FPÖ-Abstimmungsverhalten schlau machen"

Dass es FPÖ-Kandidat Christof Bitschi so kurz vor der Wahl satt hat, "dass seit Jahren über leistbares Wohnen philosophiert wird, aber rein gar nicht gegen die teils erdrückenden Kosten unternommen wird", nimmt SPÖ-Chef Michael Ritsch mit Verwunderung zur Kenntnis.

Gleichzeitig erinnert er Bitschi daran, dass ausgerechnet die FPÖ die Forderung der SPÖ bzgl. Jugendwohnungen immer wieder abgelehnt hat. Die SPÖ fordert seit Jahren, dass leistbarer Wohnraum durch mehr gemeinnützigen Wohnbau geschaffen werden sollte. Bei Bauprojekten ab zehn Wohnungen sollten beispielsweise zwingend 25 % der Wohnungen in Zusammenarbeit mit einem gemeinnützigen Bauträger (VOGEWOSI, Alpenländische oder Wohnbauselbsthilfe) realisiert werden, wenn für die restlichen Wohnungen Wohnbauförderungsgelder fließen. Der überwiegende Teil der Wohnbauförderungsgelder soll für gemeinnützigen Wohnbau verwendet werden, weil dieser Topf mit den Abgaben der ArbeitnehmerInnen gefüllt wird. Und Investorenwohnungen gehören nach Ansicht von Michael Ritsch überhaupt abgeschafft.

Auch diese Forderungen werden von FPÖ-Chef Dieter Egger immer wieder abgelehnt, da die FPÖ bekanntlich den privaten und somit teuren Wohnbau in den Vordergrund stellt, anstatt leistbare gemeinnützige Wohnungen zu fördern.

An Christof Bitschi richtet Michael Ritsch daher den Appell, sich vor dem nächsten medialen Aufschrei bei FPÖ-Chef Egger über die Grundsatzpositionen und das Abstimmungsverhalten der FPÖ zu informieren.

14.08.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

Unerträglicher Bildungs-Hick-Hack von Blau und Grün

SPÖ-Bildungssprecherin Sprickler-Falschlunger:

"Falschbehauptungen von Walser und Bildungsirrfahrt von Waibel"

"Harald Walser sollte sich kundig machen, bevor er Vorwürfe erhebt, wonach es eine mangelnde Zusammenarbeit zwischen der PH und der Universität Innsbruck gebe. Ich weiß, im Wahlkampf sind viele Mittel Recht, allerdings sollte sich auch Harald Walser an die Realitäten halten und nicht falsche Behauptungen aufstellen", reagiert SPÖ-Bildungssprecherin LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger auf die Äußerungen des Grünen Nationalrates.

Als realitätsfremd bezeichnet die SPÖ-Bildungssprecherin die Vorschläge des neuen blauen Bildungssprechers Christoph Waibel. Er habe wohl offenbar den Anschluss an die aktuelle Diskussion rund um die gemeinsame Schule nicht gefunden und propagiere Modelle der 60er Jahre. Dazu meint Gabi Sprickler-Falschlunger abschließend: "Wenn Christoph Waibel heute noch die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium fordert, hat er die Diskussion der Vorarlberger Landtagsparteien zu diesem Thema wohl verschlafen."

20.08.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

Im Dialog mit interessierten Frauen die Schwerpunkte der politischen Arbeit definieren

Die erste von 5 Dialogveranstaltungen fand am 23.8. in Innsbruck statt

"Wir laden im Vorfeld unserer Bundesfrauenkonferenz zum Mitdiskutieren, zum Mitgestalten ein", sagten Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Vorarlbergs SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher und Tirols SPÖ-

Landesfrauenvorsitzende Selma Yildirim aus Anlass der Dialogveranstaltung der SPÖ-Frauen "Neue Wege gehen" in Innsbruck.

Rund 50 Frauen aus Tirol und Vorarlberg diskutierten intensiv in 5 Arbeitsgruppen. "Wir wollen im Dialog erfahren, welche politischen Themen Frauen wichtig sind und dies als Grundlage für unsere künftige Arbeit verwenden, sagte die Vorarlberger SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher.

"Ich habe diesen spannenden Austausch genossen und viele verschiedene Anregungen mit auf den Weg genommen. Als Leiterin der Arbeitsgruppe "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" sah ich, wie viel Handlungsbedarf es noch gibt, speziell was die Situation in Vorarlberg betrifft.

In einem breit angelegten Diskussionsprozess, der sowohl online als auch im direkten Gespräch stattfindet, erarbeiten die SPÖ-Frauen ihren Leitantrag. Seit Anfang Juli sammeln die SPÖ-Frauen unter

<http://gestalten.frauen.spoe.at>

Ideen, Beiträge und Forderungen für ihre politische Arbeit. Auf Basis vieler Beiträge haben die SPÖ-Frauen mit SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Brunner einen ersten Entwurf des Leitantrags erarbeitet und im Internet zur Diskussion gestellt.

Alle interessierten Frauen sind eingeladen, den Text online, im direkten Gespräch oder bei Dialogveranstaltungen zu kommentieren, Änderungsvorschläge einzubringen oder Ergänzungen hinzuzufügen. "Wir laden alle Frauen aus Vorarlberg zum Mitmachen ein. Denn nur so können wir neue Wege gehen", so Pircher abschließend.

25.08.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

42. Landesparteitag - Überwältigendes Ergebnis:

Michael Ritsch mit 99,1 Prozent zum Landesvorsitzenden wiedergewählt

Dass die SPÖ geeint hinter ihrem Parteivorsitzenden steht, haben die Delegierten am Freitag auf dem 42. Landesparteitag bewiesen, indem sie Michael

Ritsch mit 99,1 Prozent zum Landesvorsitzenden wiedergewählt haben. Die Veranstaltung war gleichzeitig auch der Wahlkampfauftakt der SPÖ Vorarlberg.



Foto: SPÖ-Vorarlberg

Der Saal im Dornbirner Messegelände war bis auf den letzten Platz voll und die angereisten BesucherInnen wurden von hunderten Coolman-Gartenzwergen vor und im Messegelände begrüßt und empfangen. Michael Ritsch appellierte an die Mitglieder und SympathisantInnen zahlreiche Gespräche mit ihren Mitmenschen zu führen, um über die Schwerpunkte der SPÖ zur Landtagswahl zu informieren.

Michael Ritsch und sein Team möchten Wohnen leistbar machen, alles gegen Armut unternehmen, die Pflege für alle sichern sowie für eine kostenfreie Kinderbetreuung und für eine bessere Schule kämpfen. Außerdem soll mehr

Steuergerechtigkeit durch die Millionärsabgabe erreicht werden, damit sich Arbeit wieder lohnt.

Mit dem Slogan "Wer ist der stärkste Zwerg im Land" weist Michael Ritsch darauf hin, dass die SPÖ zwar eine kleine Partei, aber dennoch "oho" ist. Schließlich hat Michael Ritsch in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass er auch in Wien nicht so leicht "klein bei gibt", sondern standhaft bleibt, wenn es darum geht, die Interessen der Menschen auch im Bund zu vertreten.

Coolman on Tour

Die Coolman-Zwerge sind die nächsten Wochen im ganzen Land unterwegs. Wer einen Zwerg sieht und ein "cooles" Foto mit ihm auf Michael Ritschs Facebook-Seite einstellt, hat gute Chancen einen Preis zu gewinnen. Weitere Infos auf <https://www.facebook.com/michael.ritsch>

26.08.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

Vorarlberger Armutskonferenz bestätigt Forderungen der SPÖ vollinhaltlich

SPÖ-Obmann Michael Ritsch:

"Kostenfreie Kinderbetreuung, Ausbau des gemeinnützigen Wohnbaus und Sozialcard müssen kommen"

"Wenn man sich die Ergebnisse der Vorarlberger Armutskonferenz zu den Referenzbudgets anschaut, dann wird einem klar, dass wir mit unseren sozialpolitischen Forderungen genau richtig liegen. Wir müssen eine kostenfreie Kinderbetreuung garantieren, um die so oft strapazierte Wahlfreiheit auch wirklich zu ermöglichen.

Wir müssen in den gemeinnützigen Wohnbau massiv investieren. Und wir müssen die von uns geforderte Sozialcard einführen, um den öffentlichen Verkehr günstiger zu machen und Sozialleistungen zu bündeln", fasst SPÖ-Obmann Michael Ritsch die Ergebnisse der Vorarlberger Armutskonferenz zusammen.

Interessantes Detail der Ergebnisse ist die Tatsache, dass sowohl Familienzuschuss als auch ein von einem politischen Mitbewerber favorisiertes Elterngeld die genannte Wahlfreiheit nicht garantieren. "Bei einem Vier-Personen-Haushalt, d. h. Eltern und zwei Kinder, würde, so beide Elternteile bei einem Bruttolohn von 1.600 Euro arbeiten und alle Familientransfers mitgerechnet werden, nicht einmal das Referenzbudget erreicht. Fällt eines dieser Einkommen weg und würde durch ein Eltern- oder Müttergeld von bspw. 700,- Euro ersetzt, wäre ein Leben nicht mehr möglich", so der SPÖ-Obmann.

Bestätigt wurden durch die Armutskonferenz einmal mehr die hohen Wohnkosten in Vorarlberg. Das Land Vorarlberg werde deshalb nicht umhinkommen, so Michael Ritsch, massiv in den gemeinnützigen Wohnbau zu investieren. Dazu meint der SPÖ-Obmann abschließend: "Alle Daten und Referenzbudgets zeigen, dass wir Armut im Land Vorarlberg selbst verhindern können. Nur muss man endlich etwas tun und sich nicht hinter schönen Sonntagsreden verstecken. Deshalb: kostenfreie Kinderbetreuung, Ausbau des gemeinnützigen Wohnbaus, Einführung einer Sozialcard. Und zwar jetzt!"

28.08.2014

Vorarlbergs soziale Kraft

Vier Coolman-Diebe auf frischer Tat gestellt!

SPÖ-Geschäftsführer Reinhold Einwallner:

"Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger können sich angesichts der ertappten Personen nun ein eigenes Bild über die Moral so mancher Parteigänger machen - es ist einfach nur unfair und peinlich"

"Wir verschenken unsere 'Coolman' mit unseren politischen Botschaften sehr gerne einzeln an Vorarlbergerinnen und Vorarlberger, die Freude damit haben. Dafür haben wir sie angeschafft.



Foto: SPÖ-Vorarlberg

Wir akzeptieren es allerdings nicht mehr, dass sie organisiert aus drei Metern Höhe abgeschnitten und entwendet werden. Nachdem unsere 'Coolman' im Laufe dieser Woche immer nach demselben Muster entwendet wurden, haben eigene Teams in der letzten Nacht vier Männer angehalten, die bereits 15 'Coolman' der Reihe nach entfernt haben", berichtet SPÖ-Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner über die Vorgänge der letzten Nacht.

Selbstverständlich habe man den Vorfall der Polizei gemeldet und von den vier Männern wurden die Personalien aufgenommen. Eine Besonderheit am nächtlichen Vorfall ist sicherlich die Tatsache, dass einer der ertappten Männer Gemeindevertreter in der Gemeinde Langen bei Bregenz ist. Dazu Reinhold Einwallner: "In Langen bei Bregenz, wo die ÖVP bei der letzten Landtagswahl fast 70 % der Stimmen gemacht hat, gibt es nur eine Bürgerliste. Auf dieser Liste des Langener ÖVP-Parteiobermannes, der gleichzeitig auch Bürgermeister und Kandidat der ÖVP-Vorarlberg für die Landtagswahl am 21. September ist, findet sich einer der ertappten. Zudem gibt es zahlreiche weitere Hinweise, dass zumindest dieser ertappte diesem politischen Mitbewerber nahe steht.

Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger sollen sich nun selbst ein Bild darüber machen, welche Moral so mancher Parteigänger in Vorarlberg hat. Es ist einfach nur peinlich und unfair." Der SPÖ-Landesgeschäftsführer kündigt vor diesem Hintergrund und nach dem Diebstahl von insgesamt mehr als 1.000 'Coolman' an, in Zukunft keine 'Coolman' mehr im öffentlichen Raum aufzuhängen, da sie offensichtlich organisiert entwendet werden.

"Wir verteilen unsere 'Coolman' in Zukunft lieber während Standaktionen, auf der Dornbirner Messe und bei Veranstaltungen. Wir stellen sie jenen Menschen sogar persönlich zu, die Freude an unserem 'Coolman' haben. Denn es ist uns zu schade, dass die 'Coolman' reihenweise in irgendwelchen dunklen Kellern von Parteigängern landen." Reinhold Einwallner SPÖ-Landesgeschäftsführer

30.08.2014

Vorarlbergs soziale Kraft



Michael Ritsch

Foto: SPÖ Vorarlberg

ACUS

ARBEITSGEMEINSCHAFT
CHRISTENTUM UND
SOZIALDEMOKRATIE

&

RI RennerInstitut Vorarlberg

Wir laden herzlich ein zu einer Führung durch die Ausstellung

Die ersten Europäer

Habsburger und andere Juden – eine Welt vor 1914



Tora-Krone Copyright: JMH

Termin: Freitag, 26. Sept. 2014, 16.00 Uhr,
Dauer.: ca. 1 ½ Stunden

Ort: Jüdisches Museum Hohenems

Eintritt inkl. Führung:

Erw. € 9,- Sen. € 6,- Stud. € 4,- Schüler € 205
mit Kulturpass frei

Anmeldungen bitte **bis 15. 9.**

an Renner-Institut, Mag. Severin Holzknicht,
T (05574)58236-16 bzw. E severin.holzknicht@spoe.at
oder an Buchhandlung Arche, Bregenz, T (05574) 48892
bzw. E arche.bregenz@aon.at

Hundert Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs steckt Europa erneut in einer tiefen Krise. Das Jüdische Museum Hohenems blickt zurück auf die Lebenswelt der „Habsburger Juden“ und ihre Erfahrungen, ihre transnationalen Netzwerke, ihre Mobilität, ihre Hoffnungen auf eine europäische Einigung und ihre Illusionen über das Habsburger Vielvölkerreich. Die Ausstellung präsentiert kostbare Leihgaben aus Museen und Sammlungen in Europa und den USA. Sie erzählt von Kaufleuten und Lastenträgern, Erfindern und verkauften „Bräuten“, Künstlern und Salondamen, Hausiererinnen und Gelehrten, Spionen und Patrioten.

Übermittelt durch:

Holzknicht Severin, SPÖ-Landesgeschäftsstelle Bregenz



SP Kanton St.Gallen

Sozialhilfekürzungen in St.Margrethen sind ein Skandal!

Die Gemeinde St.Margrethen kürzt die Sozialhilfe um 7,5 Prozent. Für die SP Kanton St.Gallen ist dieser Schritt unmöglich: Einmal mehr wird bei den Ärmsten gespart. Die SP SG wird sich dagegen wehren, dass unter den Gemeinden ein unsolidarisches Spiel mit den SozialhilfeempfängerInnen gespielt wird. Sie fordert eine klare Regelung der Sozialhilfe auf kantonaler Ebene.

„Es darf nicht zu einem absurden Wettbewerb unter den Gemeinden kommen“, sagt Monika Simmler, Präsidentin der SP Kanton St.Gallen. „Die Gemeinden dürfen nicht ihre SozialhilfeempfängerInnen in andere Gemeinden abschieben.“ Sie fordert im Namen der SP SG eine Regelung der Sozialhilfe auf kantonaler Ebene. Die bisher geltenden Richtlinien der SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) sowie die Empfehlungen der St.Gallischen Sozialhilfe müssen unbedingt für Verbindlich erklärt werden. Dies würde für mehr Gerechtigkeit und Solidarität unter den St.Galler Gemeinden führen, ist SP SG überzeugt.

Laura Bucher, Kantonsrätin der SP aus St.Margrethen, schliesst sich Simmlers Forderung an und fordert ein rasches Handeln. „Es dürfen nicht weitere Gemeinden diesem Beispiel folgen, es darf nicht zum Dambruch kommen.“ Die Argumente die der Präsident der Rheintaler Gemeinde heute in einem Interview im St.Galler Tagblatt für die Kürzung vorbringt, seien Scheinargumente. „Wer nicht mit dem Sozialamt der Gemeinde St.Margrethen zusammenarbeitet, wer sich also weigert zu arbeiten oder Kurse nicht besucht, dem kann die Gemeinde bereits nach heutigem Gesetz die

Hilfe kürzen“, so Laura Bucher. Ihr ist wichtig, dass Sanktionen in Form von Kürzungen für das Fehlverhalten von SozialhilfeempfängerInnen individuell ausgesprochen werden; die pauschale Sozialhilfekürzung aber trifft alle Betroffenen gleichermaßen.

St. Gallen, 13. 08. 2014

Weitere Auskünfte:

- Monika Simmler, Parteipräsidentin der SP Kanton St. Gallen
- Laura Bucher, Kantonsrätin St.Margrethen
- Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär



Ostschweizer Bündnis

„Ja zur öffentlichen Krankenkasse“

Breites Ostschweizer Bündnis für ein „Ja zur öffentlichen Krankenkasse“

Vier SP-Kantonalparteien, die Juso, die Gewerkschaften und Verbände schlossen sich in der Ostschweiz zu einem breit abgestützten Komitee „Ja zur öffentlichen Krankenkasse“ zusammen. Der Allianz, welche jede weitere Kostenexplosion bei den Krankenkassenprämien verhindern will gehören auch die Gewerkschaften für das Pflegepersonal (VPOD) und mit dem SBK und Physio zwei gewichtige Berufsverbände aus dem Gesundheitswesen an.

Jedes Jahr höhere Prämien, jeden Herbst die Telefonanrufe, die Werbebroschüren und Plakate von Krankenkassen, die neue und vor allem junge KundInnen wollen. Und jedes Jahr eine scheinbare Wahl, die doch viel eher eine Qual ist zwischen 300'000 verschiedenen Versicherungsmodellen von 60 verschiedenen Krankenkassen. „So sieht nicht Wahlfreiheit aus, so sieht das Chaos aus!“ ist die Präsidentin der SP Kanton St.Gallen, Monika Simmler überzeugt. Sie spricht für ein breites Ostschweizer Komitee für ein „Ja

zur öffentlichen Krankenkasse“ über die die Schweizer Stimmbevölkerung am 28. September abstimmen wird.

Für das Komitee steht fest: Das heutige System ist intransparent und alles andere als übersichtlich. Es verschwendet jährlich 325 Mio. Franken Prämiegelder für Werbung und für die Jagd auf sogenannte gute Risiken. Es ist unsolidarisch, weil die einzelnen Krankenkassen chronisch Kranke, ältere Menschen loszuwerden versucht.

Prämien steigen stärker als Gesundheitskosten

Die Initiative „Ja zur öffentlichen Krankenkasse“ strebt das Gegenteil an: SP, SG, Gewerkschaften und Gesundheitsverbände wollen eine solidarische, transparente und vertrauenswürdige öffentliche Krankenkasse. „Mit der öffentlichen Krankenkasse nimmt der unsinnige Pseudowettbewerb gute Risiken endlich ein Ende“, sagt die St.Galler SP-Nationalrätin Barbara Gysi. Heute steigen die Krankenkassenprämien stärker als die gesamten Gesundheitskosten. Private, sich gegenseitig konkurrenzierende Krankenkassen gaben in den 1990er-Jahren das Versprechen ab, effizient arbeiten zu können und die Kosten des Gesundheitswesens in den Griff zu kriegen. Das Gegenteil ist zwanzig Jahre später der Fall: Die Kassen wollen und müssen wachsen. Unsere Prämien steigen nur immer weiter an! Die St.Galler Nationalrätin ist überzeugt: „Dank besserer und umfassender Behandlungen können mit der öffentlichen Krankenkasse längerfristig bis zu zwei Milliarden Franken Gesundheitskosten eingespart werden.“ Sie erwähnt einen weiteren interessanten Aspekt: „Die öffentliche Krankenkasse muss sich um alle Versicherten gleichermaßen kümmern und hat dabei die langfristige Gesundheit aller Versicherten im Blick. Die öffentliche Krankenkasse wird darum auch die Präventionsmassnahmen verbessern.“

Wie viele andere ÄrztInnen und Beschäftigte im Gesundheitswesen ist auch der Thurgauer Arzt Bernhard Wälti überzeugt: „Was wenn nicht jetzt? Tun wir einen echten Schritt zur Eindämmung der Gesundheitskosten. Es ist Zeit!“

Lokale Komitees in der Ostschweiz

Die Übermacht der Krankenkassen-Konzerne ist natürlich auch in der Ostschweiz deutlich spürbar. In unzähligen Mitgliederzeitschriften machen die meisten Krankenkassen Stimmung gegen eine öffentliche Lösung des Problems der ständig steigenden Prämien. SP, Gewerkschaften und Berufsverbände stellen dem ihre Basis entgegen, Mitglieder, die für ihr überzeugtes Ja zur öffentlichen Krankenkasse viele lokale Komitees in der ganzen Ostschweiz gegründet haben und nun den Abstimmungskampf in die Dörfer, in die Städte und auf die Strasse tragen werden.

Gemeinsam für eine starke öffentliche Krankenkasse

Dem Ostschweizer Komitee für ein „Ja zur öffentlichen Krankenkasse“ gehören die SP-Kantonalparteien aus St.Gallen, Thurgau, Appenzell Auser rhoden und Appenzell Inner rhoden an. Ebenfalls im Boot befinden sich die Juso dieser Kantone. Ihren Beitritt zum Komitee haben die Gewerkschaften SGB SG, SEV, VPOD, UNIA beschlossen. Des Weiteren gehört der Allianz der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) St.Gallen/Thurgau/Appenzell an; der SBK ist der repräsentative Berufsverband der diplomierten Pflegefachpersonen der Schweiz. Ebenfalls beigetreten ist der Verband des PhysiotherapeutInnen Physio St.Gallen-Appenzell.

St. Gallen, 16. August 2014

Weitere Auskünfte:

- o www.oeffkk-ostschweiz.ch wird in Kürze aufgeschaltet.
- o www.oeffentliche-krankenkasse.ch
- o **Monika Simmler, Parteipräsidentin, 079 791 14 21**
- o **Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär, 076 562 05 33**



SP Kanton Appenzell Innerrhoden

SP AI:

„Wohnen für alle“

Am Freitag, 29. August reichte der Präsident der SP Appenzell Innerrhoden (SP AI) als Unterzeichnender zusammen mit einer Delegation der SP AI die Initiative „Wohnen für alle“ dem Ratsschreiber vor der Ratskanzlei Appenzell ein.



«v.l.n.r: Markus Dörig (Ratsschreiber), Martin Pfister (Präsident SP AI), Dani Wiedmer (Vize-Präsident SP AI) und Erich Kiener»
Foto: SP AI

Diese Initiative hat die SP AI an ihrem Parteitag vom 23. August, einstimmig und ohne Enthaltungen verabschiedet. Sie steht für einen attraktiven Wohn- und Gewerbekanton für die breite Bevölkerung ein. Die Hochpreispolitik Innerrhodens wird diesem Bestreben nicht gerecht. Die SP AI fordert, dass sich die öffentliche Hand in Appenzell Innerrhoden für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils von zahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnungen und Gewerberäumen einsetzt. Der Anteil aller Mietwohnungen im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern, die ohne Gewinnabsichten dem Prinzip der kostendeckenden Mieten verpflichtet sind, soll stetig erhöht werden. Zur Umsetzung betreibt der Kanton zusammen mit den Bezirken eine Genossenschaft, die Land und Immobilien erwirbt und im Baurecht an gemeinnützige Bauträger abgibt. Dabei soll eine verzinsliche Beteiligung der Kantonseinwohnerinnen ermöglicht werden.

29.08.2014

Kontakt:

SP AI

Martin Pfister, Präsident, 079 713 74 84
Dani Wiedmer, Co-Parteisekretär, info@sp-ai.ch

Lesermeinung

Lieber Willi, lieber Karl-Heinz,

das war eine geniale Idee, auf Querformat umzustellen! So kann man den ganzen Bildschirm nutzen und ohne scrollen alle Seiten bequem durchblättern. Die Lesbarkeit Eurer Zeitung wurde dadurch ganz wesentlich verbessert.

Vielen Dank für diese tolle Innovation
und herzliche Grüße aus Weingarten

24.07.2014

Reinhold Entrefß
SPD-Ortsverein Weingarten



SP Appenzell Ausserrhoden

Thementag zum Lebenswerk von Henry Dunant in Heiden/Appenzell am 9. August 2014

Fast bedrängt den Besucher die abendliche Idylle am Bodensee. Die gemütliche Fahrt von Heiden hoch droben im Appenzeller Land down under zur gemütlichen Uferpromenade am Rorschacher Hafen. Hier laden Jazz-Rhythmen zum Verweilen ein. Doch es geht weiter nach Romanshorn, wo am Bahnhof viele junge Leute ungeduldig auf den Zug nach Kreuzlingen/Konstanz warten, zum dortigen Event des Seenachtsfeuerwerks. Auf der Fähre nach Friedrichshafen: zuerst die tolle Stimmung der untergehenden Sonne über dem See, dann schon von Weitem zu hören: afrikanische Trommel-Rhythmen vom Kulturufer in der Zeppelinstadt. Es wird fast zuviel der friedlichen Abendstimmung am See, **am Abend des historischen 9. August-Gedenktages.**

Ist die Welt rings um uns herum friedlich? Die Schlagzeilen in der „Blick am Abend“, einer Schweizer Zeitung, sind unerbittlich. „Schwarzer Freitag...Dritter Irak-Krieg der USA?...Neue Vergeltungsschläge Israels in Gaza...Krieg in der Ost-Ukraine...Der Syrienkrieg und kein Ende...Blutvergießen im Südsudan...Da ist nichts mit Friede, Freude und Eierkuchen!

In Höhenkurort Heiden, dem langjährigen Wohnort des Rot-Kreuz-Gründers Henry Dunant, veranstaltet das Dunant-Museum zusammen mit der Vereinigung „Ärzte gegen den Atomkrieg“ einen informativen Thementag, dem Gedenktag zum Atombombenabwurf auf die japanische Stadt Nagasaki am 9. August 1945. Seit 2011 steht am Henry-Dunant-Museum in Heiden ein Glockenturm mit der „**peace bell**“, einer Nachbildung der Glocke der ältesten christlichen Kirche in Nagasaki, die wie durch ein Wunder den Atombombenabwurf unbeschadet überstanden hat. Es handelt sich um eine

Schenkung der Universität Nagasaki an den Henry-Dunant-Museumsverein in Heiden, wie Vorstandsmitglied Josef Büchelmeier (Friedrichshafen) bestätigt.

Im Kinosaal von Heiden begrüßt er **Professor Hans-Joachim Heintze** vom Bochumer Institut für Friedenssicherungsrecht und humanitäres Völkerrecht“ IFHV, das auch durch seine regelmäßigen „Bo-Faxe“ auf sich aufmerksam gemacht hat. Hier gibt das Bochumer Institut einen zuverlässigen Informationsdienst heraus mit einer fachlichen Einordnung und Bewertung der Konflikte und Kriege dieser Tage in aller Welt, in deutscher und in englischer Sprache.

www.ruhr-uni-bochum.de

Der Informationsdienst wird vom **Roten Kreuz** unterstützt.

Wie kann eine Welt ohne Kriege entwickelt werden? Was muss im Sinne eines humanen Kriegsvölkerrechts verbessert werden, wenn Kriege nicht verhindert werden können? Mit diesen Fragen befasst sich in wissenschaftlicher Beharrlichkeit Professor Heintze, der nach dem 2. Irakkrieg der Amerikaner beteiligt war an der Ausarbeitung einer neuen Staatsverfassung im Irak.

Zunächst geht der Gast aus dem fernen Ruhrgebiet in Heiden auf die gewaltige Herausforderung ein, in der Welt unserer Tage „den Krieg zu verbieten“. Wer soll dies durchsetzen? Die Politik, also die Staatenlenker. Wie soll dies durchgesetzt werden? Es gibt weder eine Weltregierung noch einen Weltpolizisten durch Durchsetzung und Sanktionierung eines solchen Kriegsverbotes.

Nach dem 1. Weltkrieg, im Versailler Vertrag von 1919, hat man mit der Schaffung des Völkerbundes einen ersten Schritt in Richtung Verhinderung künftiger Kriege gemacht. **Im Briand-Kellog-Pakt von Paris 1928** haben der französische Außenminister Briand und sein US-amerikanischer Kollege Kellog einen völkerrechtlichen Vertrag zur Ächtung des Krieges unterzeichnet, dem sich zunächst elf, zuletzt 62 Nationen angeschlossen haben. „Wir verzichten darauf, den Krieg zum Werkzeug unserer Politik zu machen!“ Diese Initiative ist 1932 ergänzt worden durch die Hoover-Stimson-Doktrin aus Anlass der japanischen Okkupation der Mandschurei in Nordost-China.

Bei auftretenden Streitigkeiten und Konflikten zwischen Nationen soll insbesondere ein Zeitpuffer eingesetzt werden, um solche Zwistigkeiten friedlich zu lösen. Angriffskriege sollen für völkerrechtswidrig erklärt werden. Er bildet auch eine wichtige, wenn auch umstrittene Grundlage für die Anklage von Kriegsverbrechen und Kriegsverbrechern wie in Nürnberg 1945/46 oder **dem Internationalen Strafgerichtshof für Kriegsverbrechen in Den Haag**, der seit dem 1. Juli 2002 arbeitet, und zwar an Kriegsverbrechen in afrikanischen Ländern und auf dem Balkan (in den 90er Jahren).

Eine weitere völkerrechtliche Entwicklungsstufe zur Ächtung des Krieges stellt die **UN-Charta vom 26. Juni 1945 (San Francisco)** dar. Sie ist damals von 51 Staaten ratifiziert worden und bindet eigentlich heute alle Mitgliedsstaaten in der UNO. Professor Heintze schildert anschaulich die unfriedigende Rolle des Weltsicherheitsrates in seiner jetzigen Zusammensetzung zur Durchsetzung der Ächtung von Angriffskriegen oder anderen kriegerischen Konflikten in diesen Tagen.

Im 2. Teil seines Vortrages würdigt Professor Heintze das Lebenswerk von Henry Dunant, dem 1. Friedensnobelpreisträger (1901), bei der Entwicklung der **Genfer Konvention** nach seinen bedrückenden Erlebnissen bei der **Schlacht von Solferino** unweit des Gardasees. Hier waren tausende verwundete oder schon gefallene Soldaten am 24. Juni 1859 (im Zuge der italienischen Befreiungs- und Nationalbewegungen gegen das benachbarte Kaiserreich Österreich buchstäblich sich selber überlassen. Neben der Bildung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz engagierte sich der Genfer Kaufmann Dunant in den folgenden Jahren unermüdlich und europaweit für die Schaffung eines humanen Kriegsvölkerrechts zur Behandlung von Kriegsgefangenen, von verwundeten Soldaten, von unschuldigen Zivilisten, die von Kriegshandlungen erheblich betroffen sind. In der „**Knochenkapelle**“ **Ossario di Solferino** werden die Schädel und Knochen von 1 413 Gefallenen der Schlacht und weiteren Opfern aufbewahrt. Eine Widmung auf der Gedenktafel in der Kapelle endet mit dem Aufruf „Ruhend Sie im Frieden des Grabes beisammen als Brüder! Tutti Fratelli!“



Heiden's Gemeindepräsident Norbert Näf an der „Nagasaki- peace bell“

Foto: W. Bernhard

Von 1864 bis 1949 sind vier zwischenstaatliche Abkommen entstanden mit Regelungen zum Schutz von Personen, die nicht (mehr) an militärischen Kampfhandlungen teilnehmen:

Genfer Konvention I: Verwundete und Kranke der bewaffneten Kräfte im Felde

Genfer Konvention II: Verwundete und Kranke der bewaffneten Kräfte zur See

Genfer Konvention III: Behandlung der Kriegsgefangenen

Genfer Konvention IV: Behandlung der Zivilpersonen in Kriegszeiten, (nach wikipedia).

Bis jetzt sind insgesamt 195 Staaten der Genfer Konvention beigetreten. Kontrollorgan zur Einhaltung der Regelungen ist das **Internationale Komitee vom Roten Kreuz**. Die „**Haager Landkriegsordnung**“ entwickelt seit 1899 ergänzende Bestimmungen zum humanitären Kriegsvölkerrecht, mit einem besonderen Schwerpunkt bei der Ächtung bestimmter Waffensysteme, von den Dum-Dum-Geschossen, die nach dem Eindringen des Geschosses in den Körper des Soldaten explodieren, bis zu den vielbeklagten Minen heutzutage, die oft noch viele Jahre nach einem Krieg spielende Kinder töten können. Sehr deutlich nimmt Professor Heintze Stellung zu der „Katastrophe von Gaza“ und betont die Verantwortung jeglicher kriegsführenden Macht für die Wiederherstellung einer friedlichen Ordnung und Zivilisation in der betroffenen Region nach dem verheerenden Morden.

Nach dem Vortrag begrüsst der Gemeindepräsident von Heiden, Norbert Näf, die Besucher/innen des Thementages am Glockenturm der „peace bell“ im Hof des Henry-Dunant-Museums und kündigt für das nächste Jahr eine internationale Tagung zum Thema des humanen Kriegsvölkerrechts in Heiden an. Nach einem Intermezzo von zwei Alphorn-Bläsern ziehen die Besucher nacheinander am Seil und lassen somit die Friedensglocke von Nagasaki läuten.

Nach einem abendlichen Aperó zeigt das Kino Rosenthal in Heiden die neue **Film-Produktion „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“** (da geht es um die fast unlösbare Aufgabe der sicheren Lagerung von Atommüll) und organisiert eine lebhaft Diskussions mit dem Regisseur des Films, Edgar

Hagen. www.diereisezumsicherstenortdererde.ch (mit dem Kinotrailer). Der Film kommt zurzeit in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland in besser sortierte Kinos. Es gibt zu dem spannenden Film auch ergänzendes Arbeitsmaterial zur Behandlung des Themas im Schulunterricht. Nicht weniger als 350 000 Tonnen Atommüll warten weltweit auf eine sichere Endlagerung!

Das Henry-Dunant-Museum in Heiden hat auch eine **Sonderausstellung zur Geschichte der Genfer Konvention** organisiert, die mit besonderen **iPäd-Kleincomputern** zu betrachten ist und die in nächster Zeit laut Mitteilung von Josef Büchelmeier auch an anderen Orten (wie in Geislingen an der Steige nördlich von Ulm) zu sehen sein wird. **Titel: „Was zählt der Mensch? 150 Jahre Genfer Konvention“.**

Das Henry-Dunant-Museum hat auch einen interessanten facebook-account zum Weiterlesen. Wie schreibt Josef Büchelmeier: „Henry Dunant wäre im Gaza 2014 genau so erschüttert wie vor 150 Jahren in Solferino - aber auch sicher: nur Menschlichkeit ist der Weg in eine friedlichere Zukunft“.

[Drei Wochen nach diesem Thementag fand sich über ein Dutzend Genossinnen und Genossen zu einem Ausflug wieder in Heiden ein, begrüßt vom SBI-Vizepräsidenten Fredi Alder \(Rorschach\) und durch die Gemeinde geführt von Martin Engler \(SP-Sektion Heiden\). Höhepunkte des Ausfluges bei sommerlich schönem Wetter waren der eindrucksvolle Besuch im Henry-Dunant-Museum und die Betrachtung der Sonderausstellung mit dem Tablet-PC zu „150 Jahre Genfer Konvention“.](#)

[Nicht zu vergessen sind auch der herrliche Blick von dem vor 100 Jahren noch berühmten und vielbesuchten Luftkurort Heiden auf das Ost-Ende des Bodensees und die Abfahrt mit der Zahnradbahn an Weinbergen entlang nach Rorschach.](#)

31.08.2014

W.Bernhard



Fredi Alder, Vizepräsident der SBI, Alt-Nationalrat CH neben dem Bild Henri Dunants
Foto: Andreas Fuchs, SBI

Lesermeinung

ich gratuliere erneut zum Roten Seehas, der sich erstaunlicherweise immer noch positiver gestalten kann!

Die Idee an sich war ja schon genial – und das zu einem doch frühen Zeitpunkt! Also sehr fortschrittlich und modern!

Ich finde nun aber zusätzlich, dass nicht nur die Inhalte immer besser dargestellt werden, sondern auch die Aufteilung, die Überschriften-gestaltung, die Fotos etc. immer besser werden und so auch immer leichter von den Leserinnen und Lesern wahrgenommen werden können (Ich hoffe, ich darf hier von mir auf andere schließen!). Und inzwischen gibt es auch mal “humoristische” Beiträge wie “Integration” von ihnen selbst. Davon sollte es mehr geben, denn humorvoll vorgetragene ernste Themen kann man in der Regel ohne “Abwehr” in sein Gedankengut übernehmen...

Herzlichen Dank dafür!

Falls Sie dies auch noch immer ehrenamtlich machen, wären Sie und Ihr Kollege für mich “Helden des Alltags”, wie Österreich sie sucht...
29.07.2014
Sylva Heinzler, Konstanz

Serie:

Integration

Die Serie Integration beginnt, wie angekündigt, mit der Vorstellung des Projektes der Aleviten aus Ravensburg (D), Strasbourg (F), St. Gallen (CH) und aus Malatya in Anatolien (TR).

Zum besseren Verständnis stelle ich heute die Aleviten als Glaubensgemeinschaft in Deutschland vor. In der nächsten Ausgabe werden Geschichte der Aleviten und der Beginn der Heimisch-Werdung in Deutschland vorgestellt.

Alevitische Gemeinde Deutschland

Die hier folgenden Abschnitte sind eine eigene Beschreibung durch die Alevitische Gemeinde Deutschland über das Alevitentum. Herr **Hasan Gazi Ögücü**, Vorsitzender der Alevitischen Gemeinde Ravensburg (D), der den Abdruck genehmigt hat.

Selbstdarstellung

Kommunal engagiert – bundesweit etabliert

Die Alevitische Gemeinde Deutschland (türkisch: Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu, Abk.: AABF) ist die einzige Dachorganisation der in Deutschland lebenden Alevitinnen und Aleviten und vertritt nach jüngsten Untersuchungen des Bundesministeriums des Inneren (BMI, Muslimisches Leben in Deutschland, 2009) ca. 255.000 bis 275.000 Aleviten in Deutschland.

Für die in Deutschland lebenden anatolischen Aleviten hat die AABF somit einen Alleinvertretungsanspruch. Sie stellt mit dieser vertretenen Gruppe eine der größten von Menschen mit Migrationshintergrund gegründeten Organisationen in der Bundesrepublik dar. Mit ca. 500.000 bis 800.000 Angehörigen

bildet das Alevitentum eine der großen Religionsgemeinschaften in Deutschland.

Die Alevitische Gemeinde Deutschland ist eine anerkannte Religionsgemeinschaft nach Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes und vertritt als berufenes Mitglied der Deutschen Islam Konferenz sowie des Integrationsgipfels der Bundesregierung die Interessen ihrer Verbandsmitglieder.

Im Unterschied zu vielen anderen Organisationen ist die Alevitische Gemeinde Deutschland ein deutsches Phänomen – sie hat einen Verband gegründet, der keine Vorläuferstrukturen in der Türkei hatte.

Zu den wichtigsten Errungenschaften der Alevitischen Gemeinde Deutschland gehören die Renaissance des alevitischen Glaubens und der alevitischen Lehre in Deutschland sowie die Einführung des alevitischen Religionsunterrichts in mittlerweile 8 Bundesländern.

Die Etablierung der alevitischen Glaubenslehre in Lehre und Forschung an deutschen Universitäten sowie die Anerkennung der AABF als Körperschaft des öffentlichen Rechts sind die bedeutendsten Ziele auf der politischen Agenda des Verbandes.

Die Alevitische Gemeinde Deutschland ist Mitglied der Alevitischen Union Europa.

Zu den originären **Aufgabenfeldern** der Alevitischen Gemeinde Deutschland gehören u. a.:

- Revitalisierung des Alevitentums in Deutschland und in der Türkei
- Verschriftlichung und Veröffentlichung der alevitischen Lehre
- Förderung des interreligiösen Dialogs und der interreligiösen Zusammenarbeit
- Beratung von Politik und Gesellschaft
- Etablierung einer Gedenk- und Erinnerungskultur
- Antidiskriminierung und Menschenrechtsbildung
- Förderung und Bekräftigung einer demokratischen Bewusstseinsbildung

- Professionalisierung & Qualifizierung von Einrichtungen und Organisation der Einwanderungsgesellschaft
- Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit religiösen, kulturellen und ethnischen Gemeinschaften aus der Türkei in der deutschen und europäischen Diaspora
- Sensibilisierungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Handlungsfelder

Partizipation — Gleichbehandlung — Inklusion

Mit diesem Dreiklang stellt sich die Alevitische Gemeinde Deutschland den Herausforderungen eines grundlegenden und weitreichenden Wandels hin zu einer inklusiven Gesellschaft in Deutschland, die weit über „Integration“ im herkömmlichen Sinne geht. Inklusion ist nicht nur Ausdruck einer Vision von einer Gesellschaft, die es in Anerkennung der Gleichheit und Verschiedenheit der Menschen erst gar nicht zu Ausgrenzung kommen lässt, sondern ein Menschenrecht, das selbstverständlich für Alle gilt.

Erinnerung — Gedenken — Verantwortung

In Erinnerung an die Opfer der zum Teil staatlich organisierten und/oder geduldeten Verbrechen an Alevitinnen und Aleviten pflegt die Alevitische Gemeinde Deutschland mit ihrem fortdauernden Engagement für die Vergegenwärtigung des Vergangenen“ öffentlich das Andenken. Sie setzt ein Zeichen gegen das Vergessen, gegen die Relativierung und Verharmlosung von (staatlichen) Gewaltverbrechen, gegen das Fortbestehen rechter, nationalistischer und islamistischer Ideologien und Aktivitäten im Alltag und Gesellschaft.

Informieren — Handeln — Verändern

An der von internationalen Menschenrechtsorganisationen wie auch dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gleichermaßen verurteilten Staatspolitik der Türkei gegenüber religiösen und ethnischen Gemeinschaften hat sich bis heute nichts verändert.

Die Alevitische Gemeinde Deutschland engagiert sich für den Schutz von religiösen und ethnischen Gemeinschaften und wirbt politisch und in der Öffentlichkeit für deren Rechte.

Humanismus — Freiheit — Demokratie

Die Alevitische Gemeinde Deutschland steht für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie. Sie verteidigt die Werte der Aufklärung und des Humanismus. Gegenseitige Achtung, Akzeptanz und Toleranz sind ebenso Grundlage des gemeinsamen Handelns wie die Achtung der Menschenrechte, die Unverletzlichkeit der Würde des Menschen und die Achtung des religiösen Bekenntnisses des jeweils Anderen.

Am 31.05.1998 verabschiedete die AABF ihr Grundsatzprogramm u. a. zu folgenden Inhalten:

- Geschichtlicher Überblick über die AABF
- Ziele der AABF
- Charakterisierung des Alevitentums
- Grundanschauung von der alevitischen Lehre
- Grundsätze der AABF

Alevitische Lehre

Identitätsfindung im Alevitentum

- Kriterien zur Bestimmung der alevitischen Identität
- Selbstverständnis und Selbstbeschreibung der Aleviten

Vollständigen Artikel [hier](#) herunterladen

Quellen der alevitischen Lehre

- Das Gotteswort als Grundlage des Glaubens und als Wegweisung
Schriftliche Quellen

Vollständigen Artikel [hier](#) herunterladen

Glaubensgrundsätze der Aleviten

1. Glaubensbekenntnis: Die Einheit Gottes, die den Menschen in den drei Gestalten Hak, Muhammet und Ali offenbart ist.
2. Der Glaube an die heilige Kraft (kutsal güç) im Menschen
3. Der Glaube an den Weg zur Vervollkommnung der Menschen (insan- i kamil olmak) bis zum Einswerden mit der Wahrheit

4. Der Glaube an die Unsterblichkeit der Seele (cann ölmezliği)

Vollständigen Artikel [hier](#) herunterladen

Das Alevitische Wertesystem im Alevitentum

- Die vier Tore und vierzig Regeln/Stufen
- Das erste Tor ist şariat
- Das zweite Tor ist der mystische Weg (tarikât)
- Das dritte Tor ist das Tor der Erkenntnis (marifet)
- Das vierte Tor ist die Wahrheit (hakikat)



Foto: Alevitische Gemeinde Deutschland



Foto: Alevitische Gemeinde Deutschland

Impressum

Herausgeber:

SBI, Sozialistische Bodensee-Internationale

Präsident: Hans-Peter Storz, MdL

E-Mail: info@hans-peter-storz.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts: Karl-Heinz König, Dornerweg 45, D 88709 Meersburg

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07532/313048

Tel.: 07542/20349

E-Mail: roterseehas@kabelbw.de und

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Presse LV BW:

Landesvertr.Presse@lvtberlin.bwl.de

Wolfgang Heinzel, Büroleiter

Wolf99maci@aol.com

Martin Gerster, MdB:

martin.gerster@wk.bundestag.de

Alina Käfer:

pressemaci@aol.com

Dagmar Neubert-Wirtz:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Hilde Mattheis, MdB:

info@forum-dl21.de

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Dietram Hoffmann:

dietram.hoffmann@googlemail.com

Andreas Fuchs:

palais-bleyle@t-online.de

Vorarlbergs soziale Kraft:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Fritsch Annette:

Annette.Fritsch@spoe.at

Holzknicht, Severin:

severin.holzknicht@spoe.at

Monika Simmler:

monikasimmler@gmail.com

Karin Keller-Sutter:

karin.keller-sutter@parl.ch

Daniel Hungerbühler, SP St. Gallen:

Hungerbuehler@sp-sg.ch

Dani Wiedmer:

info@sp-ai.ch

Martin Pfister:

m-pfi@bluewin.ch

Reinhold Entress:

reinhold.entress@t-online.de

Sylva Heinzler:

bsheinzler@t-online.de

Hasan Gazi Ögütçü:

hasan.oeguetcue@zf.com

Europa Aktuell

Pressesprecher LVT BWL Berlin

nils.barg@lvtberlin.bwl.de

Guido Berlinger-Bolt, Pol. Sekretär:

berlinger-bolt@sp-sg.ch

Paul Rechsteiner:

rechsteiner@anwaelte44.ch

Peter Hartmann:

hartmann.forrer@bluewin.ch

Marc Hörler:

info@sp-ai.ch

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Hase im Titelblatt: Hans-Peter Sieger: sieger@spdmarkdorf.de

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen: (Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de